

Autor_innenkollektiv Projektseminar Frankfurt

Leuchtturm statt AfE-Turm

Hegemoniale Kämpfe im Umzugsprozess
der Goethe-Universität Frankfurt



Autor_innenkollektiv Projektseminar Frankfurt*

Leuchtturm statt AfE-Turm

Hegemoniale Kämpfe im Umzugsprozess
der Goethe-Universität Frankfurt

© Autor_innenkollektiv Projektseminar Frankfurt: Leuchtturm statt AfE-Turm. Hegemoniale Kämpfe im Umzugsprozess der Goethe-Universität Frankfurt. Frankfurt am Main, 2011. (= Forum Humangeographie 6)
ISBN 978-3-935918-15-2

Das Autor_innenkollektiv ist zu erreichen unter autorinnenkollektiv@gmx.de.

Kontakt: Institut für Humangeographie, Forum Humangeographie, Marit Rosol (Schriftleitung), Robert-Mayer-Str. 6-8, Frankfurt am Main, www.humangeographie.de.

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort	6
2	Über Folgerichtigkeiten im Umzug der Goethe-Universität	8
3	Methodik: Diskursanalyse	11
3.1	„Qualitative Inhaltsanalyse“ nach Philipp Mayring	12
3.2	Diskursanalyse	13
3.2.1	Diskurs	13
3.2.2	„Kritische Diskursanalyse“ nach Siegfried Jäger	14
3.2.3	„Diskursforschung“ nach Reiner Keller	16
3.2.4	Diskursanalyse nach Rainer Diaz-Bone	18
4	Erste Phase (1994 – 1998): Vorgeschichte und Beginn des Umzugs	21
4.1	Kurzer Überblick über die Geschichte der Goethe-Universität	21
4.2	Der Anfang des Umzugsdiskurses	22
5	Zweite Phase (1998 – 2003): Kampf um Hegemonie	24
5.1	Neue Perspektiven	24
5.2	Der Kulturvertrag	25
5.3	Einzug ins IG Farben-Haus – Poelzig vs. IG Farben	27
5.4	Neoliberalisierung der Goethe-Universität und Widerstand	30
5.5	Kämpfe um die zweite Ausbaustufe und eine neue Problemstruktur	31
6	Exkurs: Umbau der Hochschule	35
6.1	Der ideologische Staatsapparat Bildung	35
6.2	Bildungs-/ Hochschulreformen	37
6.2.1	Der multiskalare Umbau der Hochschulen	37
6.2.2	Das CHE, Evaluationen und Rankings	38
6.2.3	Die autonome und unternehmerische Hochschule	39
6.2.4	Exzellenzinitiative und Schwerpunktbildung	40
7	Der neoliberale Umbau der Hochschulen und der Umzugsdiskurs	44

8	Dritte Phase (2003 – heute): Hegemonie des Wettbewerbs	46
9	Zusammenfassung: Verschiebungen im Umzugsdiskurs	52
10	Fazit: Gegenhegemonie	54
	Literaturverzeichnis	56
	Anhang: Diskursforschung als Fußballspiel	61

1 Vorwort

Im Kontext des Bildungsstreiks 2010, bei welchem die Leitung der Frankfurter Goethe-Universität das von Studierenden friedlich besetzte Casino auf dem IG-Farben-Campus polizeilich räumen ließ, formulierten wir als Studierende am Institut für Humangeographie eine Protestnote, in der wir uns vor allem für ein selbstbestimmtes und kritisches Lernen aussprachen.

Das in der Folge entstandene autonome Projektseminar ist aus unserer Unzufriedenheit mit den im Vorlesungsverzeichnis angebotenen Seminaren motiviert und darüber hinaus mit dem Wunsch verbunden, aus den „klassischen“, frontal organisierten Seminarstrukturen auszubrechen und andere Formen des Arbeitens zu erproben. Der vorliegende Projektbericht ist der Nachweis, dass dies am Institut für Humangeographie möglich ist. Für diese Möglichkeit sind wir dem Institut im Ganzen und den Vielen, die trotz enger Zeitbudgets die Rahmenbedingungen ermöglichten, zu Dank verpflichtet.

Zugleich ist dieser Bericht allerdings auch der Nachweis, dass der Autonomie unter gegebenen Bedingungen Grenzen gesetzt sind, dass sich autonome Initiativen an der Universität in einem „kontrollierten Möglichkeitsfeld“ (Schreibwerkstatt des AK Kritische Geographie 2011) bewegen. Um unsere Arbeit entsprechend der Studienordnung in die heilige Kuh der bolognareformierten Abschlüsse – den Credit Points – eintauschen zu können, mussten diverse formale Voraussetzungen erfüllt werden. Dazu gehörte, dass wir einen vorgegebenen *workload* erbringen mussten und am Ende ein zu bewertendes Ergebnis stand. Schließlich war eine mit den nötigen Befugnissen ausgestattete Person erforderlich, die jene zu beurteilen und zu bescheinigen in der Lage war – der Dank geht in diesem Falle an Bernd Belina.

Wesentlich wichtiger aber war für uns seine inhaltliche Begleitung des Seminars. In Absehung akademischer Statusgruppenunterschiede und einer „klassischen“ Seminarleiter_innenposition nahm er als zwar erfahrenerer aber gleichberechtigter Diskussionsteilnehmer an unseren Debatten teil und gab uns manche hilfreiche Anregung. Ein ähnlicher Dank geht an Sebastian Schipper, der uns in den Untiefen der Diskursanalyse ein guter Lotse war.

Bereits zu Beginn des autonomen Projektseminars einigten wir uns darauf, ein gemeinsames

Endprodukt zu erstellen, welches auch Anderen, die sich mit dem Umzug und dem organisatorischen Umbau der Goethe-Universität kritisch auseinandersetzen, als Material zugänglich sein sollte. Dieser Wunsch erfüllt sich dankenswerterweise darin, dass unser Abschlussbericht hier im Forum Humangeographie publiziert ist.

Zugleich hat aber auch diese Möglichkeit ihre Grenzen. So dürfen unsere Inhalte zwar veröffentlicht und zur Diskussion gestellt werden, aber nur unter der Bedingung, dass ein_e Professor_in des Instituts die Publikation begleitet und die Verantwortung für die formale und stilistische Richtigkeit trägt. Zudem ist der Anlass dieser Publikation, unsere Ergebnisse zur Diskussion zur Verfügung zu stellen und damit auch dem neoliberalen Geist an der Goethe-Universität etwas entgegenzusetzen. Unter Bedingungen der neoliberalisierten Lehre und Forschung verwandelt sich eine solche Publikation aber auch zum affirmativen Eintrag im Lebenslauf. Unter den gegenwärtigen Strukturen können wir dem nichts als unsere Reflexion und Kritik entgegenstellen.

Die Erkenntnis, dass wir uns in solcherlei kontrollierten Möglichkeitsfeldern bewegen, hat im Verlauf des autonomen Projektseminars zu Diskussionen um die auftretenden Widersprüche geführt. So war es bspw. für einige weniger problematisch als für andere, dass die Publikation eine_n professorale_n Betreuer_in benötigt. Ein anderer Diskussionspunkt war der Zwang, ein den akademischen Standards entsprechendes Endprodukt zu erstellen, welches zudem bewertet werden musste. Während für einige die Möglichkeit wichtiger war, dass die Veranstaltung überhaupt stattfinden konnte, empfanden es andere als starke Einschränkung einer selbstbestimmten Arbeitsweise. Am Ende bleibt die Erkenntnis, dass Kompromisse unabdingbar sind, wenn eigener Anspruch und kontrolliertes Möglichkeitsfeld aufeinanderprallen. Ergänzt werden diese „äußeren“ Widersprüchlichkeiten durch „interne“ divergente Interessenspositionen. Auch hier waren Kompromisse unabdingbar. Diese spiegeln und reproduzieren zugleich gesellschaftliche Machtverhältnisse als interne Gruppendynamiken. Trotzdem liegt der zentrale Vorteil unseres Projektseminars gegenüber einer „klassischen“ Universitätsveranstaltung gerade darin, dass wir permanent versuchten, solche Widersprüchlichkeiten und machtförmigen Kompromisse offenzulegen und zu diskutieren.

Schließlich wollen wir mit dem vorliegenden Bericht zeigen, dass Studierende in der Lage sind, erkämpfte und zuerkannte Freiräume zu nutzen und diese mit Inhalten zu füllen. Wir wollen Andere dazu ermuntern uns zu folgen. Auch Ihr werdet an die Grenzen der kontrollierten Möglichkeitsfelder stoßen und einen Weg finden (müssen), mit diesen umzugehen oder sie zu überwinden. Nichtsdestotrotz lohnt sich der Aufwand!

2 Über Folgerichtigkeiten im Umzug der Goethe-Universität

1998

„Nach dem bevorstehenden Umzug der Buchwissenschaften in den Poelzig-Bau steht frühestens in fünf Jahren als *nächster Schritt die Verlagerung der Sozial- und Erziehungswissenschaftler* aus dem maroden Uni-Turm an. Das 36stöckige Bauwerk ist sanierungsbedürftig, Wissenschaftsministerin Christine Hohmann-Dennhardt (SPD) sprach kürzlich vom bevorstehenden Abriß.“

(FR, 09.11.1998; Herv. AP*)¹

2008

„Auch das ‚House of Finance‘ kann auf regelmäßige Unterstützung der Frankfurter Geldinstitute setzen. Der Wunsch der Landesregierung, mit dieser Einrichtung die Bindungen zwischen Stadt, Universität und Finanzplatz zu stärken, war eine der wichtigsten Triebkräfte für das Wachstum des neuen Campus. *Folgerichtig* wurde entschieden, dass nach dem Umzug einiger Geisteswissenschaften und dem Bau des ‚House of Finance‘ als *nächste Fakultäten die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften* umziehen sollen.“

(FAZ, 22.04.2008; Herv. AP)²

* AP steht für „Autor_innenkollektiv Projektseminar“ und meint die Autor_innen des Textes.

¹ Mit „FR“ wird im Text die Frankfurter Rundschau zitiert.

² Mit „FAZ“ wird im Text die Frankfurter Allgemeine Zeitung zitiert.

Folgerichtigkeiten ändern sich. Der AfE-Turm, bis heute die Residenz der Sozial- und Erziehungswissenschaften an der Frankfurter Goethe-Universität, galt bereits in den 1980er Jahren als äußerst „marode“: Abbröckelnde Fassadenteile außen, nicht gewährleistete Brandschutzaufgaben, defekte Aufzüge und weitere technische Mängel im Inneren zeigten spätestens Ende der 1990er den desolaten Zustand des „Turms“ in seiner vollen Breite. *Folgerichtig* wurde, wie das oben angeführte Zitat aus dem Jahr 1998 zeigt, aus diesem Zustand der Schluss gezogen, dass das Gebäude schnellstmöglich geräumt, abgerissen und für die Fachbereiche ein neues Domizil gefunden werden müsste.

Dieses Problem traf auf eine an sich günstige historische Gelegenheit. 1994 hatte die Goethe-Universität den nach dem Ende des Kalten Krieges für die US-Army obsolet gewordenen ehemaligen Hauptsitz der IG Farben im Frankfurter Westend angeboten bekommen. Das damalige Präsidium unter der Leitung von Werner Meißner nahm die sich bietende Gelegenheit mit Wohlwollen wahr. Bis 2001 räumten die vormals auf dem Bockenheimer Campus situierten geisteswissenschaftlichen Institute ihre alten Standorte und zogen in das neue Gebäude ein. Noch während der Einzug lief, visionierten der hessische Finanzminister und der Nachfolger Meißners – Rudolf Steinberg –, dass auch die restliche Universität auf dem im Norden anschließenden Areal ein neues Domizil erhalten sollte. Die Stunde des „maroden“ AfE-Turms schien folgerichtig bald geschlagen zu haben.

Doch Folgerichtigkeiten ändern sich. 2008 wurde als erstes Gebäude der Norderweiterung das House of Finance (HoF) in Betrieb genommen. Kurze Zeit später folgten die Fachbereiche Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Bis heute nicht zu finden auf dem neuen Campus sind jedoch die Sozial- und Erziehungswissenschaften. Diese verharren nach wie vor im AfE-Turm, mit einer zum wiederholten Mal verlängerten Ausnahmegenehmigung und problematischer Brandschutzsituation. Entsprechend der offiziellen Planung werden sie nicht vor 2012 auf den neuen Campus umziehen.

Die Folgerichtigkeit „angesiedelt im marodesten Gebäude – Umzug als Erste“ hat also im Laufe des Umzugsprozesses seine Relevanz verloren. An ihre Stelle trat eine neue Folgerichtigkeit, die in dem zweiten oben angeführten Zitat aus dem Jahr 2008 deutlich wird: Die Universität sei ein wesentlicher Faktor für den Erfolg des Finanzstandorts Frankfurt und umgekehrt sei selbiger „eine wesentliche Triebkraft“ in der neueren Entwicklung der Universität gewesen. *Folgerichtig* hätten die dafür verantwortlichen Wirtschafts- und Rechtsinstitute die höchste Priorität in den Neubauplänen erhalten.

Das Ergebnis dieser Verschiebung im Diskurs über den Universitätsumzug ist heute als ge-

baute Umwelt auf dem neuen Campus zu betrachten. Zuerst fertig gestellt wurden eben jene Gebäude, die entsprechend der neuen Folgerichtigkeit „exzellente Fachbereiche mit Verbindung zum Finanzstandort Frankfurt – Umzug als Erste“ dafür prädestiniert waren. Die in dieser neuen Rationalität als nicht passfähig bewerteten Sozial- und Erziehungswissenschaften mussten dementsprechend hinten anstehen.

Im Diskurs über den Universitätsumzug findet sich mithin eine Verschiebung von Folgerichtigkeiten, die ihren materiellen Ausdruck in Form gebauter Umwelt und institutioneller Praxis auf dem neuen Universitätscampus findet. Eben jener Diskurs bildet den Gegenstand dieser Arbeit. Fraglich ist, ob und wenn ja, welche weiteren wichtigen Verschiebungen sich in ihm finden lassen. Zudem ist zu hinterfragen, wie diese zu erklären sind. Eine zentrale These ist, dass sich die Verschiebungen mit Bezug auf das gesellschaftliche Projekt des neoliberalen Umbaus der Hochschulen erklären lassen.

Der Text beginnt mit einer (1) Reflexion über die angewandte Methodik. Diskutiert werden vier Ansätze der Sozialforschung, wobei der Fokus auf Varianten der Diskursanalyse liegt. Es folgen die ersten beiden empirischen Kapitel, unterteilt in (2) Vorgeschichte und Anfang des Umzugsdiskurses und (3) den hegemonialen Kampf zwischen alter und neuer Organisation des Diskurses. Letzteres widmet sich insbesondere dem Auftauchen des Diskurselements „Wettbewerb“ und den daraus folgenden Diskursverschiebungen. Um zu erklären, woher die neuen Begriffe kommen, werden (4) per Exkurs die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unter dem Stichwort des neoliberalen Umbaus der Hochschulen behandelt. Anschließend wird (5) die neue neoliberale Hegemonie im Umzugsdiskurs dargestellt. Abschließend folgt (6) ein Schlusskapitel, in dem zum einen eine Zusammenfassung der empirischen und theoretischen Befunde geleistet und zum anderen ein Fazit gezogen wird.

3 Methodik: Diskursanalyse

Als Ergebnis einer frühen Exploration des Feldes entstand ein umfangreicher Textkorpus, der den Umzug der Goethe-Universität von seinen Anfängen bis hin zu aktuellen Entwicklungen abdeckt. Der Korpus besteht aus Artikeln aus FAZ und FR, aus dem UniReport (UR)³ sowie anderen Veröffentlichungen und Policy-Dokumenten der Stadt Frankfurt und des Landes Hessen. Er umfasst ca. 450 Dokumente und deckt den Zeitraum von 1994 bis 2010 ab. Die Sammlung erfolgte relativ unsystematisch und war darauf angelegt, einen Überblick über die Breite des Feldes zu gewinnen. Innerhalb der Gruppe wurden die Ergebnisse ausgetauscht und darauf aufbauend über die genaue Richtung der Fragestellung debattiert. Ergebnis der Debatte war die oben angeführte Fragestellung, die das weitere Vorgehen strukturierte.

Nach der Festlegung der Fragestellung folgte die Diskussion über die Herangehensweise. Aufgrund des in der Exploration zusammengetragenen umfangreichen und teils kontroversen Textmaterials erschien eine Diskursanalyse für die Bearbeitung der Fragestellung prädestiniert. Hierfür wurden zunächst drei methodisch-theoretische Ansätze diskutiert. Dies waren die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2008), die kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger (2006, 2009) und die Diskursforschung nach Reiner Keller (2003, 2007). Als Ergänzung wurde später noch Material von Rainer Diaz-Bone (2002) herangezogen. Die besprochenen Ansätze haben Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Durchführung. Für unser Projekt wurde eine Methode angewandt, die sich zwar an diesen Ansätzen orientiert, ihnen aber nicht streng folgt.

Tatsächlich war unser Ablauf geprägt von einem Vorgehen, welches bei jedem Schritt jeweils erneut diskutiert wurde. Das bedeutet, dass unsere Arbeitsweise von einem Prozesscharakter geprägt wurde, in dem beim Arbeiten die Methode sozusagen „nebenbei“ fortentwickelt wurde. Die Literatur zur Methodik, die in diesem Kapitel angesprochen wird, wendet sich im Üb-

³ Der UR wird von der Presseabteilung der Universität erstellt und erscheint seit 2001 unregelmäßig zwischen 6- und 10-mal im Jahr. Er ist ein Medium zur inneruniversitären Kommunikation und Legitimation der Position der Universitätsleitung.

rigen teilweise gegen diese Art des Vorgehens. Uns hat sie aber geholfen, Leitlinien und Grundsätze zu entwickeln, nach welchen unsere „Prozess-Methode“ arbeitet. Wichtig ist festzuhalten, dass innerhalb der Gruppe teilweise sehr lebhaft Diskussionen über das Vorgehen stattfanden. In diesen Diskussionen war die in der Folge vorgestellte Literatur immer die Grundlage.

3.1 „Qualitative Inhaltsanalyse“ nach Philipp Mayring

Die qualitative Inhaltsanalyse ist kein diskursanalytisches Verfahren. Ähnlich diesen geht es aber darum, Kommunikation in irgendeiner Form zu analysieren. Das können protokollierte Gespräche, Literatur oder auch Zeitungen sein. Zentral ist das „systemgeleitete Vorgehen“ (Mayring 2008: 10). Mayring betont dabei immer wieder, dass das System der Analyse auf den Gegenstand und die Fragestellung abgestimmt sein muss. Deshalb existiert auch kein festes System nach dem immer gearbeitet wird, sondern vielmehr wird für jede Arbeit ein eigenes begründetes System eingeführt. Er gibt selbst Beispiele, wie diese Systeme aussehen können, macht aber keine bindenden Vorgaben, wie sie aussehen müssen. Der konkrete Arbeitsablauf der Analyse ist durch das zuvor hergeleitete und begründete System streng festgelegt. Zwar öffnet Mayring diese Strenge für begründete Ausnahmen, wenn die Zielsetzung der Fragestellung es erfordert – dies sollte allerdings nicht beliebig geschehen und bedarf immer der expliziten Begründung. Das wichtigste Prinzip ist die Transparenz des Verfahrens und die höchst mögliche Objektivität der Arbeit (ibid.: 20ff).

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Gegenstand der Analyse. Es wird dabei zwischen dem Inhalt der Texte und den Intentionen der Autor_innen unterschieden. Beide Dinge lassen sich methodisch an Hand der Texte belegen, erfordern allerdings je eine andere Herangehensweise. Während ersteres vor allem auf das abzielt, worüber geredet oder geschrieben wird, zielt letzteres eher auf die Art der vorgetragenen Argumentationen und deren Sinngehalte ab. Im Mittelpunkt steht bei Mayring zunächst die Analyse der Sinnzusammenhänge eines einzelnen Textes, die im Anschluss ggf. Aufschluss über die Intentionen der Autor_innen geben kann. Der zentrale Fokus liegt aber auf der Strukturierung des Inhalts. Konkret geht es um Formulierungen oder auch einzelne Begriffe, die systematisch erfasst und aufbereitet werden sollen. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Frage nach quantitativen oder qualitativen Arbeitsmethoden. Mayring bezeichnet seine Methode selbst als qualitativ. Allerdings meint

er, dass auch quantitative Methoden Anwendung finden können (ibid.: 19ff). Dabei ist die Einbettung und Kontextualisierung der Methoden wichtig. Für ihn können qualitative und quantitative Methoden Hand in Hand gehen. Ein Korpus kann qualitativ erarbeitet, durch strenge quantitative Methoden ausgewertet und wiederum qualitativ interpretiert werden. Im Prinzip sind bei einer qualitativen Inhaltsanalyse alle Techniken zugelassen, solange sie dazu dienen, die Fragestellung beantworten zu können, vor der eigentlichen Analyse erarbeitet und begründet worden sind, die Arbeit transparent machen, und eine gewisse Objektivität gewährleisten.

Bezug zum Projekt

Mayrings Herangehensweise hat sich am wenigsten auf unsere Arbeit niedergeschlagen. Wir haben im Voraus kein festes System von Verfahren festgelegt, an dem wir uns streng orientiert hätten. Wir haben uns vielmehr vor jedem Schritt jeweils auf eine feste Technik geeinigt, vor allem um in Prozessen der Arbeitsteilung eine gewisse Koordination sicherzustellen. Diese Festlegungen hatten also eher pragmatische Gründe. Nichts desto trotz erfüllen sie in gewisser Weise Mayrings Ansprüche. Vor allem die Punkte der Transparenz der Arbeit und des Bezugs zum Objekt und der Fragestellung sind auch in dieser Arbeit sehr wichtig.

3.2 Diskursanalyse

3.2.1 Diskurs

Im Folgenden soll kurz bestimmt werden, was wir unter „Diskurs“ verstehen. Der Sinn des Abschnitts ist nicht, einen umfassenden Überblick über die Literatur zum Thema zu geben, sondern den von uns verwendeten Arbeitsbegriff darzustellen.

Der hier verwendete Diskursbegriff steht nicht in der Tradition der Theorie kommunikativen Handelns von Habermas (1995[1981]) als rationaler Debatte, sondern in der foucaultschen Tradition als Formation von Macht/Wissen (bspw. Foucault 1995[1969]). Diskurse sind dementsprechend nicht einfach nur Sprache oder Gesprochenes, sondern Felder des Sagbaren, d.h. regelstrukturierte Formationen von Wissen, wobei die Regeln Effekte von Macht sind (vgl. Link 2008: 234). Diskurse operieren mithin auf einer höheren Abstraktionsebene als Sprache an sich, sind spezifische Macht/Wissen-Komplexe, die Aussagen und (auch nicht-diskursive)

Praktiken erst ermöglichen oder verhindern.

Weitergehend beschreiben Diskurse nicht eine Wirklichkeit „außerhalb“ des Diskursiven, sondern sind vielmehr in der Konstruktion derselben involviert. Sie sind insofern „Materialitäten sui generis“ (Jäger 2006: 84). Daraus ergeben sich für den hier verhandelten Sachverhalt zwei Konsequenzen: Erstens sind Sprecher_innenpositionen wie bspw. die der Universitätspräsidenten diskursiv konstruiert und mit bestimmten Machtpotentialen, Aufgaben, etc. ausgestattet. Sprecher_innen sind in ihren Aussagen und ihrer Praxis in gewissem Maße von gesamtgesellschaftlichen Diskursen bestimmt und können folglich als konkreter Ausdruck der sie formierenden Diskurse betrachtet werden (*Diskurs als Struktur*). Damit soll aber nicht gesagt werden, dass eine einfache kausal-deterministische Beziehung zwischen Diskurs und Sprecher_innen besteht. Da Diskurse Felder sind, können Sprecher_innen aus einer Vielzahl an Argumentations- und Handlungsmöglichkeiten wählen. Zudem sind Diskurse als „Fluß von Wissen durch die Zeit“ (Jäger 2009: 188) dynamisch, d.h. unter Beachtung der jeweiligen Formationsregeln durch diskursive oder nichtdiskursive Praxis veränderbar (*agency*). Zweitens und gegen Mayring sind Akteure und ihre Intentionen als konkrete Einzelne weniger relevant. Der theoretische und damit methodologische Fokus liegt auf den Formationsregeln als Strukturierung des Feldes. Konkrete Aussagen – gesprochene oder textlich fixierte – dienen vielmehr als „Steigbügelhalter“, um jene zu identifizieren.

Um diesen analytischen Übergang von Einzelaussagen zum Diskurs methodisch angeleitet vorzunehmen gibt es unter dem Stichwort „Diskursanalyse“ verschiedene Vorschläge in der Literatur. Foucaults eigener war die „Archäologie“ (vgl. Diaz-Bone 2002: 188ff.), die hier allerdings nicht aufgegriffen wird – stattdessen werden drei in der neueren Diskursforschung prominente Ansätze diskutiert, wobei der Fokus der Darstellung auf den von uns übernommenen Vorschlägen liegt.

3.2.2 „Kritische Diskursanalyse“ nach Siegfried Jäger

Diskurse „wuchern“, d.h. sie verschränken sich miteinander und als Teil von Dispositiven auch mit materiellen Artefakten (vgl. Jäger 2006: 89ff.; Foucault 1978: 119-123). Für eine Analytik bilden sie mithin auf den ersten Blick ein undurchsichtiges komplexes Ganzes. Um damit umzugehen schlägt Jäger verschiedene Begriffe vor: zunächst könne zwischen Diskursfragmenten und Diskurssträngen unterschieden werden (Jäger 2009: 159f). Ein Diskursfragment sei ein Text oder ein Teil eines Textes, der ein Thema des Diskurses behandelt. Diese

Fragmente seien die zu untersuchenden Objekte, also die Quellen für die Analyse. Diskursfragmente, die ein einheitliches Thema umfassen, bilden einen Diskursstrang. Verschiedene Diskursstränge wiederum bilden den gesellschaftlichen Gesamtdiskurs (ibid.: 166ff.).

Kritische Diskursanalyse ist dann die Methodik „ganze Diskursstränge [...] historisch und gegenwartsbezogen zu analysieren“ (ibid.: 171), wobei sich für unser Projekt fünf Analyse-schritte identifizieren lassen (ibid.: 190-195):

1. Die Ermittlung des *diskursiven Kontexts*, d.h. Exploration aller Ereignisse, die Einfluss auf den Diskurs nehmen.
2. Die Erstellung, Systematisierung und Verschlagwortung des Materialkorpus als *Grundstrukturanalyse* des Diskursstranges.
3. Die Transformation des Korpus mittels Erkenntnissen des vorherigen Schrittes in ein *Dossier*, das den Korpus quantitativ reduziert, aber die qualitative Breite des Diskursstranges abbildet.
4. Die *Feinanalyse* typischer Diskursfragmente (s. unten).
5. Die Synthese aller vorherigen Schritte zu einer *Gesamtaussage über den Diskursstrang* mit dem Ziel einer begründeten Beantwortung der Fragestellung.

Die Feinanalyse selbst ist die qualitativ-interpretative Untersuchung eines Diskursfragments und lässt sich in fünf Schritte gliedern (ibid.: 176-187):

1. Die Erfassung des *institutionellen Rahmens* der Aussage, d.h. die Charakterisierung des Mediums des Erscheinens, der Textsorte und, soweit möglich, der Subjektposition des_r Autor_in.
2. Die Beschreibung der *Textoberfläche*, d.h. graphischer Mittel und der Gliederung.
3. Die Erfassung verwendeter *sprachlich-rhetorischer Mittel* und insbesondere ihrer Verknüpfung zu einem strukturierten Argumentationsgang.
4. Die Analyse *ideologischer und propagandistischer Sinngehalte*, die Aufschluss über Subjektpositionen im Diskursstrang geben.
5. Die *Interpretation* als eigentliche Feinanalyse. Ziel ist durch die Gesamtbetrachtung der vorherigen Schritte die Herausarbeitung der Typik des Fragments, d.h. dessen, was die Botschaft ist, welche Wirkung bezogen auf den Diskursstrang erzielt werden soll und wie es sich als typisches Exemplar in diesen einfügt.

Bezug zum Projekt

Jägers Beitrag gibt in unserem Fall deutlich mehr konkrete Arbeitshinweise als der von Mayring. So wurden Materialkorporus und -dossier in Anlehnung an Jäger erstellt. Besonders die Aspekte der Verschlagwortung und der darauf aufbauenden Auswahl typischer Exemplare als Dossier waren relevant. So haben wir bei weitem nicht alle Texte des Materialkorporus analysiert, sondern eine repräsentative Auswahl getroffen. Auch der Hinweis und die Herangehensweise vom Kleinen zum Großen, also von den Fragmenten über die Diskursstränge hin zum Gesamtdiskurs, haben sich in unserer Arbeit niedergeschlagen.

3.2.3 „Diskursforschung“ nach Reiner Keller

Auch Keller geht es bei seinem Beitrag um eine Methode, Diskurse wissenschaftlich zu erforschen. Sein Vorgehen ähnelt dem von Jäger, setzt aber in einigen Punkten andere Schwerpunkte. Wir übersetzen seine methodischen Vorschläge in vier Arbeitsschritte:

1. Die *Bildung eines Materialkorporus*. Dabei sollen möglichst viele und durchaus heterogene Quellen erschlossen werden, die sich mit dem Thema der Fragestellung befassen. Darüber hinaus soll auch ein Überblick über die wichtigsten Punkte des Verlaufs des Diskurses geschaffen werden (Keller 2007: 84).
2. Die Zusammenstellung einer Auswahl von Texten für die Feinanalyse, welche nach einem *Samplingverfahren* erfolgt. Dieses Verfahren ergibt sich aus der Arbeit selbst und kann nicht im Vorhinein festgelegt werden. Keller übernimmt aus der *grounded theory* (vgl. Corbin/Strauss 2008; Strauss 1998) das Verfahren des *theoretical sampling* und die Prinzipien der minimalen und maximalen Kontrastierung (Keller 2007: 86ff). Ziel ist, die Heterogenität der Daten in Konsistenz umzustrukturieren. Als Ausgangspunkt dient ein als relevant erscheinendes Diskursfragment. Zu diesem werden ähnliche Fragmente gesucht (minimale Kontrastierung), um einen einzelnen Diskursstrang möglichst gut zu erfassen. Es werden allerdings auch die genau gegensätzlichen Aussagen gesucht (maximale Kontrastierung), um verschiedene Stränge und damit die Spannweite des Gesamtdiskurses zu erfassen. Durch dieses Vorgehen wird nur ein Teil der Diskursfragmente des Materialkorporus für die Feinanalyse verwendet.
3. Keller (2007: 93) bezeichnet die Feinanalyse als „*interpretative Analytik*“ (s. unten). Von der Grundidee ist sie der von Jäger recht ähnlich, denn auch hier geht es darum die Inhalte, die sprachlich-rhetorische Struktur und die äußeren Gegebenheiten (Situ-

iertheit und Materialität) der Aussagen zu erfassen. Das Kodieren mit Hilfe von Datenbanken sowie die Verknüpfung dieser Codes können dabei die zentralen Mittel sein.

4. Als letzter Schritt erfolgt dann der *Rückbezug auf den Gesamtdiskurs* (Keller 2007: 109ff). Dieser könne als „Typenbildung als abstrahierende Verallgemeinerung von den Besonderheiten des Einzelfalls begriffen werden“ (ibid.), d.h. durch Abstraktion von den konkreten Inhalten einzelner Fragmente werden diese in einen übergeordneten Zusammenhang eingeordnet. Abschließend werden die Ergebnisse auf die gesellschaftlichen Kontexte – wie Hegemoniefragen – bezogen (Keller 2007: 111).

Keller unterbreitet drei Vorschläge, wie die interpretative Analytik durchgeführt werden kann:

- *Phänomen-/Problemstruktur*: Im Diskurs werden spezifische Problematisierungen verhandelt. Die Identifizierung derselben erfolgt durch die „dimensionale Erschließung des Phänomens“ (ibid.: 100f.), indem festgestellt wird, ob bestimmte Phänomene im Diskurs umkämpft sind, ob Lösungsbedarf gesehen wird oder ob kausale Zusammenhänge eröffnet werden. Aufgabe der Analytik ist es, zu rekonstruieren, wie die „Bestimmung der Art des Problems oder des Themas einer Aussageeinheit, die Benennung von kausalen Zusammenhängen (Ursache-Wirkung), Zuständigkeiten (Verantwortung), Problemdimensionen, Wertimplikationen, moralische[r] und ästhetische[r] Wertungen, Folgen, Handlungsmöglichkeiten u.a.“ vorgenommen werden (ibid.: 99), wobei die Bausteine nicht im Vorhinein feststehen, sondern durch Abstraktion zu erschließen sind (ibid.: 101). So kann bspw. die Regierung der Hochschule als Problematisierung gesehen werden, zu deren Bearbeitung im Diskurs verschiedene Ursachen, Lösungen, ideologische Positionen etc. angeboten werden, die die Problemstruktur bilden.
- Auf die Ergebnisse dieser Strukturanalyse aufbauend oder auch separat können *Deutungsmuster* rekonstruiert werden. „Der Begriff des Deutungsmusters visiert den sozial typischen Sinn einer Aussageeinheit an, also gesellschaftlich vorübergehend konventionalisierte Deutungsfiguren.“ (ibid.: 104). So wurde bspw. die Finanzkrise der Gier einzelner Akteure im Finanzmarkt zugeschrieben, als Versagen staatlicher Regulation gedeutet oder als eine Art Naturkatastrophe erklärt. In einzelnen Diskurssträngen sind mithin je hegemoniale Deutungsmuster zu erwarten, die zu rekonstruieren sind.

- Einzelne Aussagen ergeben nur im Zusammenhang mit anderen Aussagen Sinn. Die Analyse der *narrativen Struktur* nimmt die Art dieser Verknüpfungen in den Blick. Rekonstruiert werden also „story lines, rote Fäden oder narrative Muster“ (ibid.: 107). Zentral ist hier, dass es nicht um Erzählungen einzelner Sprecher_innen geht, sondern um typische narrative Muster im Diskurs.

Bezug zum Projekt

Von Keller übernommen wurde das Verfahren des *theoretical sampling* mit den Prinzipien der minimalen und maximalen Kontrastierung zur Auswahl der Daten für die Feinanalyse. Außerdem wurde für die Feinanalyse ein Vorgehen in enger Anlehnung an die Analytik der Phänomen-/Problemstruktur und Deutungsmuster verwendet.

3.2.4 Diskursanalyse nach Rainer Diaz-Bone

Relevant bei Diaz-Bone (2002) waren für uns die vorgeschlagenen Schritte zur Oberflächenanalyse und der interpretativen Analytik, welche er in zwei Schritte teilt. Zwar gibt er mit seiner Methode einen Ablauf vor, erst Oberflächenanalyse, dann den ersten Schritt der interpretativen Analytik und darauf den zweiten – die Übergänge dieses Ablaufes sind allerdings in beide Richtungen durchlässig. Das heißt man kann und soll auch wieder zum ersten zurückkehren, wenn es nötig erscheint.

1. Das Wichtigste bei der *Oberflächenanalyse* ist das Suchen nach und offene Kodieren von grundsätzlichen Strukturen im Diskurs. Wie wird das Thema problematisiert und angesprochen? Dabei bietet es sich an, als Heuristik ein grobes Kodiergraster zu erstellen, welches die weitere Arbeit anleitet (ibid.: 202). In unserem Fall sind dies die in Tab. 1 erläuterten acht Kategorien.
2. Während es bei der Oberflächenanalyse nur um das Auffinden der groben Diskurselemente geht, ist es bei dem folgenden *ersten Schritt der interpretativen Analytik* die Verknüpfung derselben. Gesucht werden Formationsregeln, Weisen, in denen Diskurselemente angesprochen werden und Kategorisierungen und Bewertungen von Problematisierungen (in den Worten von Keller: der Phänomenstruktur) (ibid.: 203). Damit wird begonnen, den Diskurs konkret zu rekonstruieren. Welche Diskurselemente sind kohärent und welche sind widersprüchlich? Hier können Rückbezüge zu Kellers minimaler und maximaler Kontrastierung gezogen werden.

Kategorie	Beschreibung
Standorte I	Diese Kategorie bezieht sich auf alle Textelemente, in denen es in irgendeiner Form um die Universitätsstandorte Bockenheim, Westend, Riedberg oder Niederrad geht. Dabei handelt es sich nicht im eigentlichen Sinne um ein Element im Diskurs. Diese Kategorie dient mehr der Verknüpfung und Übersicht bei der Auswertung.
Standorte II	Die Kategorie „Standort II“ bezieht sich auf die räumlichen Maßstabsebenen Ebenen der Stadt Frankfurt/M., des Rhein-Main-Gebietes, Hessens und Deutschlands. Dabei geht es um die Identifikation als Standort im Wettbewerb.
Umsetzung des Umzugs	Hier werden vor allem die Reihenfolge sowie Planungsschritte des Umzugs erfasst. Dazu gehören der zeitliche Ablauf und die Planung des Umzugs, Planungsreihenfolge und Änderungen der Planung.
Finanzen	Unter dem Begriff Finanzen werden alle Textelemente verstanden, die sich mit dem Kulturvertrag, der Finanzierung des Umzugs und der Unterstützungen von dritten Akteur_innen an der Universität befassen.
Akteur_innen	Der Code beschreibt alle in den für die Feinanalyse relevanten Dokumenten auftretenden Personen / Institutionen und deren Funktion. Der Code ist beschreibend und enthält dementsprechend keinerlei Aussagen über das Verhältnis spezieller Akteur_innen zueinander. Diese Kategorie dient der Verknüpfung und Übersicht bei der Auswertung.
Akteur_innenbeziehungen	Unter diesem Begriff verstehen wir die Kräfteverhältnisse zwischen den Akteur_innen. Die Kategorie umfasst insbesondere auch Konflikte zwischen verschiedenen Beteiligten.
Problematisierung	Mit Problematisierung sind jene Passagen und Artikel gemeint, die beim Diskurs über den Universitätsumzug „Probleme“ ansprechen. Damit sind sowohl Probleme gemeint, die durch den Umzug gelöst werden sollen, wie auch solche Probleme, die aufgrund des Umzugs oder im Zusammenhang mit selbigem diskutiert werden.
Wettbewerb	Unter dieser Kategorie werden Diskurselemente bzgl. des Wettbewerbs zwischen und innerhalb von Universitäten als auch Standortwettbewerbe zwischen Städten gefasst.

Tab. 1: In Oberflächenanalyse verwendete Kodierungsheuristik

3. Der *zweite Schritt der interpretativen Analytik* schließt die Rekonstruktion des Diskurses ab. Gesucht werden die diskurstragenden Kategorien und ihre Verknüpfungen, die begriffliche Vermittlung von Problematisierungen, die sich aus der Kombination der Elemente ergebenden diskursiven Strategien, Oppositionen und die Organisation von Normalität und Abweichung (ibid.: 203f.). Dabei sollen Rückbezüge zur Fragestellung gezogen und diese an dieser Stelle auch weitgehend beantwortet werden. In unserem
4. Fall muss nach diesem Schritt der erste Teil der Fragestellung, welche den Diskurs betrifft, beantwortet werden: Inwieweit haben Verschiebungen im Diskurs über den Universitätsumzug stattgefunden, was sind diskurstragende Elemente, wie funktioniert die begriffliche Vermittlung von Problematisierungen (Phänomenstruktur), welche Effekte haben die Verschiebungen auf Oppositionen von Normalität und Abweichung?

Im Analyseprozess kristallisierten sich drei zeitliche Perioden heraus, die gegeneinander betrachtet Spezifika aufweisen, die diese dadurch von den Anderen abgrenzbar machen. Anhand dieser Periodisierung werden in der Folge des Textes die Ergebnisse der Diskursanalyse vorgestellt.

4 Erste Phase (1994 – 1998): Vorgeschichte und Beginn des Umzugs

Der folgende Abschnitt zeigt die Gründe und Voraussetzungen auf, die schlussendlich zum Umzug der Geisteswissenschaften ins IG Farben-Haus im Jahr 2001 geführt haben. Er wirft zunächst ein Schlaglicht auf die Historie der Goethe-Universität und stellt im Folgenden die erste Phase des Umzugsdiskurses dar.

4.1 Kurzer Überblick über die Geschichte der Goethe-Universität

Die Goethe-Universität wurde im Jahr 1914 als Stiftungsuniversität gegründet. Im Gegensatz zu anderen Universitäten erhielt sie vom Staat lange Jahre keine finanzielle Unterstützung, da die Stadt Frankfurt als jüdisch-liberal und die Universität als sozialdemokratisch galten (vgl. von Friedeburg o.J.: 1). Zu Anfang finanzierte sie sich daher allein aus privaten Mitteln. Die verschiedenen Fakultäten siedelten sich damals rund um das als Hauptgebäude festgelegte Jügelhaus im Frankfurter Stadtteil Bockenheim an (ausgenommen der medizinischen Fakultät in Sachsenhausen).

Im deutschen Nationalsozialismus schrumpfte die Universität deutlich, was u.a. damit zu erklären ist, dass viele Stellen von Jüd_innen besetzt waren, die entweder ins erzwungene Exil gingen – prominentestes Beispiel sind die Mitarbeiter_innen des Instituts für Sozialforschung – oder verfolgt, deportiert und ermordet wurden. Nach der Befreiung vom Faschismus kamen viele Exilant_innen zögerlich zurück an die Universität und begannen den Wiederaufbau unter dem Stichwort der *reeducation*. Mit dem Institut für Sozialforschung kehrte Anfang der 1950er Max Horkheimer zurück, der in der Folge Rektor der Universität wurde. Er engagierte den bis dato ebenfalls im Exil weilenden Architekten Ferdinand Kramer, der unter dem Stichwort der demokratischen Architektur für den Großteil der heute in Bockenheim stehenden Universitätsgebäude verantwortlich zeichnete. Der in der Folge von 1968 in den 1970er Jahren beginnende Umbau der Hochschulen nach dem Modell der „Gruppenuniversität“ mit erweitertem (aber immer noch sozial selektivem) Zugang führte in den Folgejahren zu rapide steigenden Studierendenzahlen.

4.2 Der Anfang des Umzugsdiskurses

Wie an vielen anderen Hochschulen führte dies auch in Frankfurt zu einer akuten Raumnot, die durch weitgehend fehlende Freiflächen auf dem Campus Bockenheim nicht kompensiert werden konnte. Im Diskurs taucht damit eine neue Problematisierung auf, die in den Folgejahren debattiert wird. Mitte der 1990er Jahre wurde als folgerichtige Lösung die Verlagerung der geisteswissenschaftlichen Institute der Goethe-Universität in einen Neubau auf dem Bockenheimer Depotgelände diskutiert (vgl. FAZ, 15.05.1996).

Gleichzeitig begann die öffentliche Diskussion um die Nachnutzung des von dem Architekten Hans Poelzig entworfenen IG Farben-Hauses im Frankfurter Westend. Nach der Befreiung vom Faschismus wurde das vormals den IG Farben als Hauptsitz dienende Gebäude⁴ vom V. Korps der amerikanischen Streitkräfte als Hauptquartier genutzt. Da im Zuge des Zusammenbruchs der UdSSR deren Abzug für das Jahr 1995 beschlossen war, ergaben sich aus stadtplanerischer Sicht mit dem 33 Hektar frei werdenden Areal vielfältige Möglichkeiten.

Anfangs präferierte man den Einzug des Europäischen Währungsinstituts (EWI), der Vorläuferorganisation der Europäischen Zentralbank (EZB). Nachdem jedoch aufgrund der Geschichte des Gebäudes aus dem europäischen Ausland umfangreiche Kritik geäußert wurde (vgl. FAZ, 25.01.1994), wurden diese Pläne aufgegeben. Ebenfalls scheiterten Pläne für den Einzug des Polizeipräsidiums an den Denkmalschutzaufgaben des Objektes (vgl. FAZ, 28.04.1994). 1994 wurde die Goethe-Universität das erste Mal in die Nachnutzungsdebatte eingebracht, indem das Land Hessen ankündigte, das Gebäude möglicherweise für den universitären Gebrauch übernehmen zu wollen (vgl. FAZ, 14.09.1994). Vorausgegangen war der Vorschlag der Stadt, das IG Farben-Haus durch die Goethe-Universität oder eine andere wissenschaftliche Institution zu nutzen. Ein Grund dafür war vor allem der Wunsch, das

⁴ Die Interessengemeinschaft Farbenindustrie, kurz IG Farben, wurde im Jahre 1925 als Zusammenschluss mehrerer führender deutscher Chemieunternehmen gebildet. Als größtes Chemieunternehmen der Welt hatte der Konzern erheblichen Einfluss auf die Ökonomie, Politik und Ideologie des faschistischen Staates vor und während des Zweiten Weltkriegs. Dabei wurde im Rahmen des faschistischen Programms „Vernichtung durch Arbeit“ in erheblichem Umfang auf Zwangsarbeiter_innen zurückgegriffen. Nahe Auschwitz ließ der Konzern das firmeneigene Arbeitslager Buna-Monowitz errichten. Im Vernichtungslager Auschwitz wurden medizinische Experimente durchgeführt, bei denen unter anderem Medikamente der IG Farben an den Deportierten getestet wurden. Das in den Gaskammern zur Vernichtung verwandte Gas Zyklon B wurde von der Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch), einem Unternehmen, an dem die IG Farben zentral beteiligt war, hergestellt (vgl. Roth 2009a, 2009b).

repräsentative Gebäude für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Verkauf einzelner Teile an Firmen war für die Stadtplaner_innen eine unbefriedigende Vorstellung (vgl. FAZ, 06.05.1994).

Parallel begann allerdings bereits die Sichtung des Gebäudes durch Fachleute und damit die Vorbereitung der Vermarktung des Objekts. Diese wurde mit der neuen Nutzungsidee zurückgestellt und der Bund – nach Abzug der US-Amerikaner_innen Eigentümerin des Areals – signalisierte dem Land Hessen, diesem die Liegenschaft für 50 Prozent des Verkaufswerts zu überlassen (vgl. FAZ, 14.09.1994).

Nach einem Stadtverordnetenbeschluss von 1996 wechselten die Eigentumsrechte für die Liegenschaft nach der Zahlung von 148 Millionen DM vom Bund an das Land Hessen. Die Stadtverordnetenversammlung, deren Hoffnungen sich demnach erfüllt hatten, sicherte daraufhin per Beschluss das gesamte Areal in einem Umfang von 33 Hektar in einem Bebauungsplan als Hochschulstandort (vgl. FAZ, 15.05.1996). Der Kauf wurde von Hochschulpräsident Werner Meißner als ein großer Tag für die Universität bezeichnet. Mit ihm sei ein Ausweg aus der Raumnot in Bockenheim denkbar und es sei nun möglich die derzeit 30 Standorte der philosophischen Institute in einem einzigen zu konzentrieren (ibid.). Die diskursive Folgerichtigkeit hatte sich damit verschoben. Während vorher als adäquate Lösung der Problemstruktur „Raumnot“ eine Verlagerung der Geisteswissenschaften ins Bockenheimer Depot diskutiert wurde, eröffnete der Erwerb des IG Farben-Areals mit der Verlagerung ins IG Farben-Haus eine neue Lösung, die nunmehr als „richtig“ diskutiert wurde.

5 Zweite Phase (1998 – 2003): Kampf um Hegemonie

5.1 Neue Perspektiven

War Mitte der 1990er Jahre vor allem die universitäre Raumnot als Grund für den Umzug im Diskurs hegemonial, so ändert sich in den Folgejahren die Problemstruktur deutlich. Als Startpunkt kann das Jahr 1998 bezeichnet werden: Die Universität Frankfurt müsse reformiert werden, verkündet ihr Präsident im Rahmen des Rechenschaftsberichts für die Zeit bis 1997, um trotz Sparmaßnahmen weiterhin Spitzenforschung und gute Lehre garantieren zu können (vgl. FR, 29.01.1998). Einerseits, so Meißner, müsse die Universität mehr Autonomie erhalten, andererseits müsse sie jedoch auch ihre Strukturen verändern: International akzeptierte Studienabschlüsse, Reduzierung zentraler Gremien, aber auch „weniger und dafür stärkere Fachbereiche [...] seien eine wichtige Voraussetzung, um besser an den zentralen Entscheidungsprozessen teilhaben zu können.“ (ibid.)

Während Meißner öffentlich vorwiegend strukturelle Veränderungen innerhalb der Universität forciert, verkündet der Referent des Planungsdezernats der Stadt Frankfurt Michael Kummer einige Monate später, bis 2001 sollten die in Bockenheim ansässigen Buchwissenschaften den Campus „räumen“, die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften hingegen würden mittelfristig dort bleiben (FAZ, 10.11.1998). Es handle sich dabei um einen „[...] normalen städtebaulichen Vorgang“ (ibid.).

In einer in diesem Kontext durchgeführten Machbarkeitsstudie prüft das Universitätspräsidium die Möglichkeiten der *gesamten Verlagerung* der auf dem Bockenheimer Campus ansässigen Universitätseinrichtungen ins Westend und auf den neu zu bauenden Campus Riedberg in Niederursel⁵. Nicht nur beschreibt diese Studie den planerischen Alleingang der Leitung

⁵ Beim Campus Riedberg handelt es sich um einen weiteren Universitätsstandort, der im Zuge des Umzugsprozesses geschaffen wurde. Hierbei handelt es sich um ein neues technisch-naturwissenschaftliches Cluster in der nordwestlichen Peripherie der Stadt.

der staatlichen Universität; ebenso verdeutlicht das Analysematerial die Funktion der Akteur_innen Stadt und Land in der Beziehung mit der Universität: gewollt oder ungewollt, sie sind Zulieferer_innen der universitären Neuerfindung.

„Wir machen uns Gedanken“ (FAZ, 10.11.1998), fasst Universitätspräsident Meißner den Stand der Planung zusammen, denn: „Wir sind in Bockenheim zugemauert“ (FR, 09.11.1998). Seit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, der das dreißig Hektar große Gelände hinter dem IG Farben-Komplex ausschließlich für eine Bebauung der Universität reserviert habe, verfolge man diese Perspektive. Damit ließe sich Meißners Vision eines Hochschulcampus nach amerikanischem Vorbild realisieren, wo Studieren, Wohnen und Freizeitgestaltung nebeneinander möglich sein sollen (vgl. FAZ, 10.11.1998). Die Vorstudie entstand in Kooperation mit dem Architekturbüro, welches auch für die späteren Umbauarbeiten des IG Farben-Hauses verantwortlich war: „Damit habe die Universität dann Planungsmaterialien in der Hand, um mit Stadt und Land über das Projekt weiterzuverhandeln [...]“, sagt der verantwortliche Architekt Reinhard Tölke. So sollen zudem in naher Zukunft aus leer stehenden Gebäuden am nördlichen Rand des neuen Areals im Westend Student_innenwohnungen und Ladengeschäfte werden, um „[...] etwas gegen die von Studenten beklagte Ödnis dieses Areals zu unternehmen“. Längerfristig sollen die Gesellschaftswissenschaften aus dem AfE-Turm folgen (vgl. FR, 09.11.1998). Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie fiel auch nach Ansicht des Planungsbeauftragten der Universität, Peter Rost, durchweg positiv aus: „Was wir an Fläche in Bockenheim aufgeben müssten, könnten wir städtebaulich verträglich auf dem neuen Gelände unterbringen.“ (FAZ, 10.11.1998)

Mit der visionierten Weiterentwicklung nach Norden entsteht eine neue Problematisierung im Diskurs. Ursache ist nach wie vor die gefühlte Raumnot in Bockenheim, mittlerweile aber nicht mehr nur auf die Geisteswissenschaften, sondern auf den gesamten Campus bezogen. Die neue Problemstruktur verlangt nach neuen Lösungen, wie z.B. der Finanzierung des Umzugs, die in der Folge im Diskurs verhandelt werden.

5.2 Der Kulturvertrag

Die Lösung dafür wird schnell gefunden: Durch den Verkauf des Bockenheimer Areals und entsprechende Nachnutzungskriterien (Hochhäuser, Büroraum usw.) ließe sich die Transaktion vollständig refinanzieren. Im Wege stünden den Planungen nur noch Stadt und Land, die

mittels Vertrag den finanziellen Rahmen des Projekts und die Eigentumsverhältnisse über die universitären Liegenschaften klären müssten (FR, 09.11.1998). Im Jahr 1999 regelten das Land Hessen und die Stadt Frankfurt im sogenannten „Kulturvertrag“ (Rausch 2009: 1; vgl. HMdF 2000) unter anderem die Eigentumsrechte an den universitären Liegenschaften: In diesem Vertrag verzichtet die Stadt Frankfurt auf die Rückübertragung einer Vielzahl von Grundstücken, die sie der Universität bzw. dem Land Hessen zur universitären Nutzung überlassen hatte. Im Gegenzug wird festgelegt, dass das Land die von ihm aus dem Verkauf dieser Grundstücke erzielten Reinerlöse für die Fortentwicklung der Universität sowie des Universitätsklinikums und ihrer Einrichtungen einsetzen wird. Im Falle des Umzugs bedeutete dies (bis zur Neuinterpretation ab 2005⁶), dass die Erlöse aus der Veräußerung die Neubauten in Niederrad, Niederursel und im Westend refinanzieren sollten.

Des Weiteren ist im Rahmen der Vertragsverhandlung, des Abschlusses und seiner Bestätigung durch Landesparlament und Stadtverordnetenversammlung von der Auflösung des Campus Bockenheim keinerlei Rede. Vielmehr plant die Universität laut Pressemitteilungen und Zeitungsaussagen mit einem Vier-Campus-Modell der Standortentwicklung, was auch der „Absichtserklärung“ im Kulturvertrag entspricht: „Die städtebaulichen Aussagen stehen seitens des Magistrats der Stadt Frankfurt unter der generellen Erwartung, dass der Universitätsstandort Bockenheim im Kern nicht in Frage gestellt wird.“ (HMdF 2000: 1829)

Im Planungsdezernat der Stadt wusste man angeblich nichts über diese Pläne (FR, 09.11.1998). „Wenn allerdings Universität und Land unbedingt Geld mobilisieren wollten, dann sollten sie mit der Brachfläche um das Bockenheimer Depot herum beginnen, dies sei im vorrangigen Interesse der Stadtplaner“ (FAZ, 10.11.1998). Im Diskurs entstehen mithin unter der Oberfläche neue Oppositionen: Einerseits die Leitung der Universität, die die Aufgabe Bockenheims und ein Drei-Campus-Modell präferiert und vorantreibt, andererseits Stadt und Land, die mit einem Vier-Campus-Modell planen. Diese Differenz im Diskurs kommt allerdings nie an die Oberfläche – vielmehr stellen sich Stadt und Land später auf die Seite der Universitätsleitung.

⁶ Eine Neuinterpretation des Kulturvertrages erfolgte im Rahmen der Diskussion um die Rechtsformänderung der Universität hin zu einer Stiftungsuniversität. Im Januar 2007 kündigte der damalige Universitätspräsident in der FR an, dass ein Teil der Erlöse aus dem Verkauf der alten Gebäude in Bockenheim den Grundstock für das Stiftungsvermögen der zukünftigen Stiftungsuniversität bilden solle und dass dies selbstverständlich im Einklang mit dem Kulturvertrag stehe (vgl. FAZ, 30.01.2007). Festzuhalten ist: die gewagte Auslegung des Kulturvertrags durch Präsident Steinberg erfolgte nicht in Abstimmung mit der Stadtverordnetenversammlung, sondern als einseitiger Akt des Präsidiums und das, obwohl es im Kulturvertrag ausdrücklich heißt: „Die Auslegung dieses Vertrages folgt den Grundsätzen der guten Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden, orientiert am Grundsatz von Treu und Glauben.“ (HMdF 2000: 1826; vgl. Rausch 2009)

5.3 Einzug ins IG Farben-Haus – Poelzig vs. IG Farben

Nach dreijähriger Sanierung des ehemaligen IG-Farben-Komplexes beziehen die geisteswissenschaftlichen Fachbereiche 2001 mit knapp achttausend Studierenden den

„[...] neuen Campus Westend. Drei Jahre hatte es gedauert, bis das Land das monumentale Bauwerk [...] den Ansprüchen der Universität angepasst hatte. [...] 6000 Studenten der Gesellschafts- und der Erziehungswissenschaften sollen, wenn alles gut geht, vielleicht schon in vier Jahren aus ihrem maroden ‚Turm‘ an der Robert-Mayer-Straße in einen Neubau auf den Campus Westend verlegt werden. [...] Es scheint realistisch, dass in zehn bis 15 Jahren auch die vorerst noch in Bockenheim verbleibenden 10 000 Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler auf den neuen Westend-Campus umgezogen sein werden.“

(FAZ, 29.04.2001)

Damit ist, angeführt vom hessischen Finanzministerium, die Entscheidung gefallen, den traditionellen Kerncampus in Bockenheim zugunsten neuer Standorte am Riedberg und im Westend komplett aufzulösen (ibid.) – die oben angesprochene diskursive Opposition hat sich still und heimlich verschoben, als neue Problemstruktur ist das Drei-Campus-Modell hegemonial geworden. Ein neuer Diskursstrang wird zudem deutlich: Das „monumentale Bauwerk“ IG Farben-Haus wird dem „maroden Turm“ als Symbol des Campus Bockenheim gegenübergestellt. Während dieser im bisherigen Diskursverlauf zentral als „zu klein“ gedeutet wurde, verschiebt sich das Deutungsmuster jetzt zu „nicht schön genug“. Damit eröffnet sich eine neue Opposition zwischen „schönem und moderem“ IG Farben-Campus und „hässlichem und marodem“ Campus Bockenheim. In der Folge wird zu sehen sein, dass an diese neue Phänomenstruktur andere Diskurselemente andocken, zunächst soll aber der Einzug der Geisteswissenschaften ins IG Farben-Haus im Mittelpunkt stehen.

Noch bevor dieser vollendet ist, beginnt eine Debatte um den Namen und den Umgang mit der Geschichte des Gebäudes, der die ideologische Linie der Universitätsleitung, aber auch die neue diskursive Phänomenstruktur versinnbildlicht. Schon der ehemalige Präsident Meißner wünschte den Hausnamen „Poelzig-Ensemble“ zu etablieren. Doch dieser Wunsch rief besonders bei Student_innenvertretungen und studentischen Initiativen Kritik hervor: In den vergangenen Wochen habe sich in den Medien die Bezeichnung „Poelzig-Ensemble“ einge-

schlichen (FR, 09.11.1998). Sie werfen dem Präsidium eine „undemokratische Bezeichnungspolitik“ (UR, 05/2001b) in Bezug auf das neue Universitätsgebäude vor. Damit beziehe man sich auf eine lange inhaltliche Auseinandersetzung zwischen Studierendenvertreter_innen und dem Präsidenten Steinberg, an deren Ende der Senatsbeschluss gestanden habe,

„[...] dass das IG-Farben-Haus als IG-Farben-Haus zu bezeichnen ist. Die Studierendenvertreter hatten auf diesen Beschluss gedrängt, um an die nationalsozialistische Vergangenheit des Hauses, in dem das IG-Farben-Konsortium die Herstellung von Giftgasen zur fabrikmäßigen Vernichtung von Jüdinnen und Juden geplant und durchgeführt hat, zu erinnern.“

(ibid.)

Nun wirft man Steinberg vor, sich nicht der gesellschaftspolitischen Verantwortung der Universität stellen zu wollen, nämlich sich kritisch mit der Vergangenheit auseinander zu setzen⁷. Die „allgemeine Freude“ (ibid.) über die Schönheit des neuen Campus sei ein verfehltes Imagedenken, das dem Ort und den mit ihm verbundenen Gräueltaten nicht gerecht werde. In derselben Zeitschriftenausgabe meldet sich ein emeritierter Professor für anorganische Chemie zu Wort, der ganz im Sinne Steinbergs verfährt:

„Der Wunsch, dem ‚IG Hochhaus‘ einen anderen Namen zu geben als den, den es seit eh und je getragen hat, ist ja gut zu verstehen. Und trotzdem: wäre eine Umbenennung nicht auch ein Stück Verdrängung der eigenen Geschichte? Nicht nur der Name ‚IG-Farben‘ ist durch die Untaten der Nazis besudelt worden, sondern der Name ganz Deutschlands. Muss man unser Land nun umbenennen, damit sein Name in eine erstrebenswerte Zukunft weisen kann? Oder darf es weiter ‚Deutschland‘ heißen, da dieses fürchterliche Kapitel seiner Geschichte (hoffentlich!) abgeschlossen ist?“

(UR,05/2001a)

Ein neuer Name ist für Prof. Trömel vorstellbar, der allerdings in Beziehung steht mit der Geschichte der IG Farben. So fällt ihm Arthur von Weinberg ein, Forscher, Unternehmer,

⁷ Genau diese Hoffnung auf Aufklärung war es aber, mit der die Universität als passende Institution im IG Farben-Haus legitimiert wurde (vgl. Wagner 1999: 126).

Förderer der Wissenschaften und Frankfurter Politiker, der 1943 im KZ Theresienstadt den Nazis zum Opfer fiel. „In Verbindung mit seinem Namen bräuchte man sich auch des Namens ‚IG-Farben‘ nicht zu schämen.“ (ibid.) Das Präsidium unter Steinberg und weitere Freund_innen des Schlussstrichdiskurses schließen damit an die optimierungs(wahn)sinnige Vermarktungslogik der Universität an, nach der die Geschichte des Gebäudes und der Konzern, der dort die Massenvernichtung von Menschen mitorganisierte, dem Image des einmaligen, herausragenden Leuchtturmprojekts Goethe-Universität schaden könnten und wenn überhaupt, dann möglichst still und diskret thematisiert gehört. Das neue Deutungsmuster des „schönen“ Campus wird radikalisiert und als Diskursstrategie eingesetzt, um das faschistische Image als gefährliche Abweichung zu denunzieren.

Beim offiziellen Festakt zur Übernahme des IG-Farben-Hauses durch die Universität deutet auch der Direktor des Fritz-Bauer-Instituts, Micha Brumlik, auf die Widersprüche hin, die sich in dem Bauwerk materialisieren. Es sei eine „Perle deutscher Baukunst“ und somit ein Dokument der Kultur, aber ebenso ein „Zeugnis der Barbarei“. Er fordert die Stadt auf, durch die Umbenennung des Grüneburgplatzes, der Adresse des IG Farben-Hauses, in Norbert-Wollheim-Platz⁸ ein Zeichen zu setzen, zum Gedenken aller Opfer (FAZ, 27.10.2001). Der Vorschlag wurde allerdings nie umgesetzt.

Kritikwürdig erscheint nicht nur die Bezeichnungspolitik des Präsidiums in Bezug auf den IG Farben-Campus. Mit dem Einzug einzelner Fachbereiche in der ehemaligen IG Farben-Komplex wird der Bockenheimer Campus verstärkt zu einer unerträglichen Zumutung erklärt, die oben aufgezeigte Opposition radikalisiert. Zum einen wird somit der neue Campus im Westend beworben – Steinberg: „Das ist der schönste Campus aller deutschen Universitäten“ (in FAZ, 24.04.2001) –, auf der anderen Seite wird der schlechte Zustand des AfE-Turm von den dort ansässigen Fachbereichen instrumentalisiert, um die eigene Ausgangslage zu verbessern (vgl. FAZ, 11.06.2003). Als Ergebnis des verfestigten Deutungsmusters zeigt sich jetzt eine neue Folgerichtigkeit in der Problemstruktur: „angesiedelt im marodesten Gebäude [Turm] – Umzug als Erste“.

⁸ Norbert Wollheim war von 1943 bis 1945 Zwangsarbeiter im Konzentrationslager Buna-Monowitz, welches von den IG Farben betrieben wurde. Als erster überlebender NS-Zwangsarbeiter hatte er Anfang der 1950er Jahre erfolgreich auf Entschädigung geklagt.

5.4 Neoliberalisierung der Goethe-Universität und Widerstand

In die Debatte um Namen und Geschichte des IG-Farben-Hauses, aber vor allem die universitäre Umstrukturierung reiht sich auch die Gründung des „Instituts für vergleichende Irrelevanz“ (IVI) ein. Einige Monate nach dem Bezug des IG Farben-Hauses besetzen Studierende das ehemalige Institut für Romanische Sprachen und Literaturen und gründen das IVI. Damit wollten sie auf verschiedene Missstände innerhalb der Universität aufmerksam machen, vor allem aber stillgelegten Raum wiederbeleben, auf die schleichende Umwandlung der Goethe-Universität in eine „standortgerechte Hochschule“ hinweisen, die Leitung für ihre Geschichtsvergessenheit kritisieren und auf die „Irrelevantisierung“ spezifischer universitärer Bereiche durch ihre Leitung aufmerksam machen (vgl. UR, 02/2002).

Die vom IVI formulierte Kritik an der schleichenden Umwandlung in eine standortgerechte Hochschule wird in den in Kooperation mit der Unternehmensberatung *Boston Consulting Group* entwickelten Hochschulentwicklungsplänen I und II von 2001f. durch die Universitätsleitung unkritisch konkretisiert. Darin gibt sie neue Leitlinien vor: Restrukturierung der universitären Verwaltung, Schwerpunktbildung in den Fachbereichen, Modularisierung von Studienfächern, Ausbau universitärer Autonomie sowie Verbesserung der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ziel, die Goethe-Universität im nationalen und internationalen Vergleich besser aufzustellen (vgl. UR, 08/2001 u. 01/2002). Dieses Vorhaben soll einerseits durch die Etablierung sogenannter exzellenter Forschung und Lehre verwirklicht werden (vgl. FR, 19.12.2001), andererseits durch Schwerpunktbildung: Manche Orchideenfächer wie Judaistik, deren wissenschaftliches Renommee sich nicht in Zahlen – Drittmittelinwerbung, Abschlussquote, Lehrbelastung – ausdrücken lässt, müssen in der Universität um ihre Existenz fürchten (vgl. FR, 28.12.2005).

Damit erscheint ein neues zentrales Diskurselement, der „Wettbewerb“. Selbiges ist, wie die Kritik des IVIs zeigt, von Anfang an umkämpft, hat aber eine große Zukunft an der Goethe-Universität und darüber hinaus vor sich. Bereits jetzt sind an ihm andere (ebenfalls neue) Diskurselemente angedockt, wie „Exzellenz“, „Schwerpunktbildung“, „Autonomie“, „Modularisierung“ oder „Restrukturierung der Verwaltung“. Es handelt sich mithin um eine komplett neue, um die Jahrtausendwende auftauchende, komplexe und miteinander verquickte Problemstruktur, die allerdings vorerst nur in den Diskurs über die Regierung der Goethe-Universität eindringt. Der Übergriff auf den Umzugsdiskurs lässt aber nicht lang auf sich warten.

5.5 Kämpfe um die zweite Ausbaustufe und eine neue Problemstruktur

Dass sich dieser Exzellenzdiskurs auf den Umzugsprozess auswirkt beziehungsweise diesen maßgeblich mitbestimmt, wird an der Debatte um die erste Ausbaustufe und die daran anschließende zweite Umzugsphase deutlich. Im Jahr 2002 vermeldet die FR, dass ein Jahr zuvor Grundstücke erworben wurden, wohin

„[...] einmal Fachbereiche, Bibliotheken und Uni-Verwaltung vom Campus Bockenheim sowie aus angemieteten Liegenschaften ziehen. [...] Nach Steinbergs Worten soll der neue Campus bis zur 100-Jahr-Feier der Uni im Jahre 2014 vollendet werden.“

(vgl. FR, 14.05.2002)

Der UR berichtet, dass „das traditionsreiche Kerngebiet, der Campus Bockenheim, sowie sämtliche Außenstellen der Universität [...] damit schrittweise und unumkehrbar aufgegeben [werden]. [...] Vordringlich ist die Errichtung eines Ersatzbaus für den AfE-Turm“ (UR, 03/2002). Das 3-Campus-Modell ist im Diskurs hegemonial geworden und „vordringlich“ – mithin folgerichtig – ist der Umzug der Turmfachbereiche.

Die Äußerung Steinbergs – als Widerspruch zum gültigen Kulturvertrag – wird ein Jahr darauf durch die FAZ untermauert:

„Unter den Fachbereichen, die noch in Bockenheim ansässig sind, ist das Interesse an einem raschen Umzug nach anfänglicher Zurückhaltung groß. [...] Als Favorit für den Umzug in den ersten Neubau gelten die Erziehungswissenschaftler, die derzeit noch in dem heruntergekommenen AfE-Turm untergebracht sind. Dieser war aus Brandschutzgründen im Herbst 2000 vorübergehend geschlossen worden. Nachdem zwei Gutachter keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine weitere Nutzung des 30 Jahre alten Hochhauses geäußert hatten, war eine ‚eingeschränkte Nutzung‘ des Turms für eine Übergangszeit von etwa vier Jahren genehmigt worden.“

(FAZ, 27.05.2003)

Die diskursive Folgerichtigkeit „angesiedelt im marodesten Gebäude – Umzug als Erste“ charakterisierte noch die Problemstruktur des Umzugsdiskurses.

Doch nur zwei Wochen später, am 11.06.2003, verkündet der hessische Finanzminister Weimar bei der Präsentation des Siegerentwurfs im Wettbewerb um den städtebaulichen Masterplan für das Bockenheimer Areal, dass

„die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften zuerst auf den neuen Campus umziehen sollen. Zu einem Zeitplan wollte sich Weimar nicht konkret äußern, [...] nimmt man die geplante Entwicklung des neuen Campus im Westend, so wird das erste neue Institutsgebäude voraussichtlich im Jahr 2006 bezugsfertig sein. Dann könne mit dem Abriß von Altbauten in Bockenheim begonnen werden. Universitätspräsident Steinberg äußerte die Hoffnung, daß bis zur 100-Jahr-Feier der Universität im Jahr 2014 die Neubauten auf dem Campus weitgehend fertiggestellt seien.“

(FAZ, 11.06.2003)

Der Anfang einer neuen Folgerichtigkeit, die als Kernelement den bevorzugten Umzug der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften hat, war damit etabliert. Damit verschob sich jedoch die bisherige Problemstruktur des Umzugsdiskurses. Gefunden werden mussten neue Gründe, Legitimationen, Subjektpositionen und Lösungsstrategien.

Zwei Tage später berichtet die FAZ, der Verantwortliche für den Umzug, Peter Rost, halte einen Doppelumzug⁹ der Turmfachbereiche für „zumutbar“: „Das ist alles eine Frage der Organisation.“ Dem „[...] beschleunigte[n] Umzug der Wirtschaftswissenschaften in das geplante ‚House of Finance‘ sowie der Rechtswissenschaften den Vorzug zu geben“ würde eine zeitweise Auslagerung in andere Gebäude bedeuten, weil der „marode AfE-Turm“ aus Brandschutzgründen spätestens in vier Jahren geräumt werden müsse (FAZ, 11.06.2003). Als neue Lösung für das alte Problem des „maroden Turms“ wurde nun der „Doppelumzug“ diskutiert. Die Gesellschaftswissenschaften, die sich gerade damit angefreundet hatten, auf den neuen Campus umzuziehen, gerieten damit in eine Identitätskrise, was ein weiterer Aspekt der neuen Phänomenstruktur ist. So werden aus gerade gewordenen Befürworter_innen des Umzugs Kritiker_innen, die in den Kampf um Diskurshoheiten eintreten: Die Reihenfolge des Umzugs von Fachbereichen auf den neuen Campus Westend zu ändern, stoße an der Universität auf

⁹ Zuerst in das durch den Abzug der Wirtschaftswissenschaften leer werdende Juridicum, dann wenige Jahre später auf den IG Farben-Campus.

„scharfe Kritik“ (FAZ, 13.06.2003). Die neue Sprecher_innenposition bringt auch neue Deutungsmuster mit sich:

„Oevermann, der Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften, äußert gegenüber dieser Zeitung, [...] es habe eine ‚feste Zusage‘ der Universität gegeben, daß die Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften zuerst würden umziehen können. Es sei ‚eine Katastrophe‘, wenn die Fachbereiche nun zweimal umziehen müßten. Für die Lehre sei das ‚gerade noch tragbar‘, keinesfalls jedoch für die Forschung. Der Zeitverlust, der durch Umzüge entstehe, wirke sich direkt auf die Einwerbung von Drittmitteln aus. [...]. Ein Umzug bedeute zudem ein weiteres ‚Zwischenlagern‘ der Fachbereiche, die schon seit Jahren ‚slumartig‘ untergebracht seien. Die räumliche Enge in dem wegen der Auflagen nur teilweise nutzbaren AfE-Turm sei ‚jedes Semester eine Katastrophe‘.“

(FAZ, 11.06.2003)

Das neue Deutungsmuster, bestehend aus „Katastrophe“, „slumartig“ und „Zwischenlagern“, erinnert mithin eher an westliche Mittelklasse-Projektionen der Zustände in Metropolen des globalen Südens. Oevermann argumentiert zudem mit der „Einwerbung von Drittmitteln“, was anzeigt, dass das neue Diskurselement „Wettbewerb“ zum einen in den Umzugsdiskurs eingedrungen ist, und außerdem bereits so hegemonial geworden ist, dass auch der Dekan der ehemaligen Bastion der Kritischen Theorie nicht mehr umhin kommt, sich auf selbiges als argumentative Strategie zu beziehen.

Doch alle Versuche, die neue diskursive Phänomenstruktur zu kippen, scheitern. Die neue Folgerichtigkeit ist etabliert und wird gegen Kritik hermetisch abgeschirmt. So argumentiert der Universitätspräsident Steinberg als Repräsentant der neuen Diskursstruktur in einem Interview mit dem UR, dass die Goethe-Universität in vielen Bereichen Nachholbedarf an Modernisierung habe, es aus diesem Grund keine Kritik an Weimars Initiative geben dürfe und dass den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften zuerst neue Räumlichkeiten gebaut werden sollen: „Der Finanzminister ist im Moment die Lokomotive des ganzen Bauprozesses; das ist so einmalig und positiv für die Frankfurter Universität, diesen Prozess darf man nicht gefährden“ (UR, 05/2003). Als Grund für die Etablierung der neuen Problemstruktur werden mithin keineswegs sachliche Argumente angeführt, sondern der Hinweis auf Weimars zentrale Rolle scheint ausreichend zu sein. Dies kann als Hinweis gelesen werden, dass die Entscheidung der

Änderung der Reihenfolge spontan kam und anfangs schlicht keine anderen Argumente zur Legitimation im Diskurs präsent waren. In dieses Bild passt auch, dass zustimmungsfähige idyllische Zukunftsvisionen entworfen werden. Wie sehe denn die Traum-Universität im Jahre 2014 aus, fragt die Zeitung:

„Der Westend-Campus ist im wesentlichen komplettiert, er ist ein einzigartiger, grüner Campus inmitten der Stadt – das gibt es kein zweites Mal in Kontinentaleuropa. Das eröffnet traumhafte Möglichkeiten des Studierens, Arbeitens und Forschens“

(ibid.).

6 Exkurs: Umbau der Hochschule

Im Diskurs finden sich spätestens ab der Jahrtausendwende mehrere neue Elemente, die alte Problemstrukturen politisieren und nach mehrjährigem Kampf schließlich hegemonial werden. Wie ist dies zu erklären? Woher kommen diese neuen Elemente und warum haben sie die Kraft, die alte Struktur zu stürzen? Um dies zu erklären ist darzustellen, welche gesellschaftlichen Prozesse in der jüngeren Vergangenheit und gegenwärtig den Apparat Hochschule transformieren und die neuen Diskurselemente etablieren. Dazu gilt es zu Beginn dieses Abschnitts jedoch darüber nachzudenken, welche gesellschaftliche Funktion Bildung und somit Bildungsinstitutionen wie die Hochschule in kapitalistischen Gesellschaften haben.

6.1 Der ideologische Staatsapparat Bildung

Althusser (1977) stellt in Erweiterung der klassischen marxistischen Staatstheorie dar, wie die Reproduktion bestehender Produktionsverhältnisse innerhalb kapitalistischer Gesellschaften verstanden werden kann. Zentral für sein Verständnis von Staat ist dabei, dass es neben dem repressiven Staatsapparat (bestehend aus Regierung, Verwaltung, Armee, Polizei, Gerichten, Gefängnissen), der auf der Grundlage von Gewalt bzw. der Androhung von Gewalt bei nicht-konformen Verhaltensweisen funktioniert, eine „bestimmte Anzahl von Realitäten gibt, die sich dem unmittelbaren Beobachter in Form von unterschiedlichen und spezialisierten Institutionen darbieten“ (Althusser 1977: 119). Diese Realitäten bezeichnet Althusser als „*Ideologische Staatsapparate*“ (ISA) (ibid.), da sie nicht auf „Grundlage von Gewalt“ (ibid.), sondern vielmehr auf „Grundlage der Ideologie“ (ibid.) im Rahmen der politischen Bedingungen, der durch den repressiven Staatsapparat abgesteckt ist, arbeiten. Ideologie wird nach Kraler (2002) als „bestimmte Organisation sinngebender Praxis, die den Menschen als gesellschaftliches Subjekt konstituiert[, verstanden; AP]. Sie ist ein Produkt gelebter Verhältnisse und zugleich ein essentieller Mechanismus, mit dessen Hilfe die gesellschaftlichen Strukturen reproduziert werden. Sie gehört also gewissermaßen zur Gesellschaftsstruktur“. Allerdings ist

„Ideologie [...] nicht bloß eine Form des Bewusstseins, sondern gewissermaßen materiell. Ihr Platz ist demnach nicht (nur) in den Köpfen von Menschen, sondern in konkreten Institutionen, die Althusser ISA nennt.“ (ibid.)

Zum Zwecke der *Reproduktion der Produktionsverhältnisse* in kapitalistischen Gesellschaften ist der „schulische ISA“ (Althusser 1977: 120) der entscheidende, da es nicht ausreicht, der Arbeitskraft allein ihre materiellen Existenzbedingungen in Form von Lohn zu geben. Gleichzeitig muss sie für die Anforderungen der gesellschaftlich-technischen Arbeitsteilung qualifiziert sein. Diese verschiedensten Qualifikationen und Qualifikationsgrade werden nicht an den Stellen der Produktion gesichert, sondern im kapitalistischen Bildungssystem. Neben der Reproduktion der unterschiedlichen Qualifikationen der Arbeitskraft gewährleistet dieser gleichzeitig die „Reproduktion der Unterwerfung unter die Regeln der etablierten Ordnung“ (Althusser 1977: 112), da die herrschende Ideologie als Grundlage der ideologischen Staatsapparate anerkannt wird. Das Erlangen von Qualifikation ist daher verbunden mit der Einprägung der herrschenden Ideologie. Dies geschieht allerdings unter dem Schleier der Bildung als scheinbar neutralem, von Ideologie befreitem Milieu.

Um den bisher verwendeten Ideologiebegriff aus seiner Statik der vordergründigen Unveränderbarkeit zu befreien, erscheint es notwendig, ihn in Zusammenhang mit dem *Hegemoniebegriff* zu setzen. Nach Antonio Gramsci ist Hegemonie „die Fähigkeit der herrschenden Klasse, die Gesellschaft moralisch und intellektuell zu führen, indem es der herrschenden Klasse gelingt, ihre Überzeugungen als ‚kollektiven Willen‘ zu etablieren“ (Glasze/Mattisek 2009: 160). Eine Ideologie muss folglich in Gesellschaften, die von unterschiedlichsten politischen, ökonomischen und kulturellen Konflikten geprägt sind, hegemonial etabliert werden.

Liest man die Hegemonie eines spezifischen ideologischen Diskurses als die „Expansion eines Diskurses zu einem dominanten Horizont sozialer Orientierung“ (ibid.), kann man diese Hegemonie als eine „temporäre Schließung“ des spezifischen Diskurses, die „eine spezifische soziale Wirklichkeit naturalisiert“ (ibid.), ansehen. Gesellschaftliche Widersprüche werden im Rahmen dieser zeitweisen Schließung des spezifischen Diskurses überdeckt, allerdings nicht aufgehoben. Den zwischen hegemonialem Diskurs und materieller Realität permanent bestehenden Differenzen und Widersprüchen wohnt stets die Möglichkeit inne, Ansprüche zu formulieren und Auseinandersetzungen um den hegemonialen Diskurs anzustoßen. Dabei ist zu beachten, dass auch die Gruppierungen der gesellschaftlichen Konflikte nicht als gegeben und statisch angesehen werden können, sondern vielmehr Gegenstand ständiger Neuordnungen sind. Wenn wir also im Folgenden von Ideologie als spezifischem hegemonialem Diskurs

sprechen, sollen stets auch dynamische gesellschaftliche Gegensätze, Kämpfe, Aushandlungen und Änderungspotenziale mitgedacht werden.

Davon ausgehend, dass der schulische ISA in seiner Gesamtheit vom Kindergarten bis zur Universität darauf ausgelegt ist, unterschiedliche Grade an Qualifikation hervorzubringen, um die verschiedenen Anforderungen an die Arbeitskraft im kapitalistischen System zu reproduzieren, stellt sich zunächst die Frage, welche gesellschaftlichen Veränderungen hinsichtlich der hegemonialen Ideologie stattgefunden haben, die sich in den gegenwärtigen Transformationen der Institution Hochschule materialisieren. Im Anschluss sollen diese Transformationen analysiert werden, um den akut gewordenen Ideologiewandel nachvollziehen zu können.

6.2 Bildungs-/ Hochschulreformen

6.2.1 Der multiskalare Umbau der Hochschulen

Seit Beginn der 1990er Jahre lassen sich von der europäischen, über die nationale bis hinunter auf die räumliche Maßstabebene einzelner Institutionen tief greifende Transformationen des gesamten Bildungswesens beobachten, die als neoliberaler Umbau der Hochschulen zu verstehen sind. Mit dem Ziel einer gesteigerten Profitabilität des Kapitals soll die nachgefragte Qualifikation von Arbeitskräften kostengünstiger und in kürzerer Zeit gewährleistet werden. Neben der Verlagerung von Ausbildungsaufträgen der Grundschule in Kindergärten, der Verkürzung der Schulzeit an Gymnasien (G8) oder der Verkürzung der Berufsausbildung, lassen sich auch die Hochschulreformen in dieses Schema einordnen.

Auf der europäischen Maßstabebene bilden die Verträge von Maastricht (1992/93) sowie Amsterdam (1997) die Grundlage für die angestrebte europäische Integration des Bildungssektors. Unter der Maxime der Vergleichbarkeit und der dazu notwendigen „Standardisierung [... von] Ausbildungssystemen, von Abschlüssen und Diplomen“ (Stapelfeldt 2007: 17), soll ein *europäischer Markt für Bildung sowie Wissenschaft realisierbar werden, der Wettbewerbsrationalitäten unterliegt*. Dieses Vorhaben kulminiert 1999 im sogenannten „Bologna-Prozess“, der zum Ziel hat, „die EU zur wettbewerbsfähigsten Wissensgesellschaft der Welt zu entwickeln“ (Bologna declaration in CRE 2000).

Für die Hochschullandschaft der BRD setzt der Wissenschaftsrat, als bedeutendstes wissenschaftspolitisches Gremium der Regierung, schon 1985 mit seinen „Empfehlungen zum

Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem“ (Kapfinger/Sablowski 2010: 11) einen (zunächst erfolglosen) Schritt hin zur Etablierung von Konkurrenz als zentralem Regulierungsmechanismus an Hochschulen. Seit Beginn der 1990er Jahre konnten die maßgebenden Akteure der Hochschulpolitik¹⁰ einige gemeinsame Grundelemente, entlang derer eine Umstrukturierung der deutschen Hochschulen erfolgen sollte, als wesentlich ausarbeiten. Diese Elemente umfassten

„leistungsbezogene Mittelvergabe, der Übergang zu Globalhaushalten, die Schaffung einer Datengrundlage für die leistungsbezogene Mittelvergabe durch Evaluation, die Stärkung der Hochschulleitungen auf Kosten der demokratischen Partizipation der Gruppen in den universitären Gremien, die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen und die Einführung von Studiengebühren“.

(Kapfinger/Sablowski 2010: 11; vgl. Wissenschaftsrat 1993, Bund-Länder-Arbeitsgruppe 1993)

6.2.2 Das CHE, Evaluationen und Rankings

Ein wichtiger Akteur für die konkrete Umsetzung der Restrukturierung der Hochschulen unter der oben geschilderten Maxime ist das 1994 als gemeinschaftliche Initiative der Bertelsmann-Stiftung und der Hochschulrektor_innenkonferenz gegründete „Centrum für Hochschulentwicklung“ (CHE). Dieses propagiert Hochschulen als Betriebe, „die in Konkurrenz zueinander und zu anderen Anbietern Dienstleistungen in den Bereichen der Forschung, Lehre, des Wissenstransfers, der Wirtschaftsförderung und der Kultur erbringen sollen“ (Kapfinger/Sablowski 2010: 11; vgl. unkritisch der Vorsitzende des CHE Müller-Böling 2000, kritisch Krätke 2007).

Das CHE spielt zudem eine wichtige Rolle in der *Evaluation*. Die erbrachten Leistungen der Hochschulen müssen quantifizierbar und vergleichbar sein, da Hochschulen nach dem Umbau staatlichen finanziellen Input nur über das Vorweisen eines entsprechenden Leistungsausstoßes beanspruchen können. Diese streng an wirtschaftlichen Kennzahlen orientierte Ressour-

¹⁰ Im Wesentlichen sind das die Bundesregierung, die Kultus- und Finanzministerien der Bundesländer sowie die Hochschulrektor_innenkonferenz und der Wissenschaftsrat.

cenvergabe schafft in ihrer Konsequenz verschärfte Wettbewerbssituationen zwischen Hochschulen, sowie innerhalb dieser zwischen Fachbereichen, Disziplinen und Lehrstühlen.

Rankings versuchen eine Vergleichbarkeit zu ermöglichen, indem wissenschaftliche Arbeit von Universitäten oder Studienfächern im Hinblick auf letztendlich ökonomisch motivierte Kategorien der Effizienz, Wettbewerbs- und Leistungskapazität in tabellarischer Form abgebildet wird. Die in diesen Rangfolgen führenden Universitäten definieren eine entsprechende *best practice* und setzen somit die Standards, an denen sich alle anderen im Wettbewerb befindlichen Einheiten orientieren müssen, um in der Konkurrenz um Ressourcen zu überleben (Demirovic 2007: 542). Wie zahlreiche angedrohte und durchgesetzte Schließungen von Studiengängen, Fachbereichen oder ganzen Universitäten¹¹ zeigen, handelt es sich dabei nicht um ideologische Nebelwelten, sondern um materielle Realität im Bildungsapparat.

Die ständige Fokussierung auf die gegenwärtigen *Rankings* und *best practices* und die entsprechenden Versuche zur Anpassung des Dienstleistungsangebots schlägt sich auch im Angebot der Studienabschlüsse nieder. Bachelor- und Master-Studiengänge erlauben auf Grund ihrer kurzen Dauer und stark eingeschränkten Laufzeiten schnelle Umstrukturierungen des universitären Angebots. Insgesamt wird durch den allgegenwärtigen, institutionalisierten Vergleich von Hochschulen eine „partikularistische Sicht der betriebswirtschaftlichen Rationalität“ (ibid.: 544) in der Regierung von Hochschulen hegemonial.

6.2.3 Die autonome und unternehmerische Hochschule

Ebenfalls vom CHE entworfen wurde das Modell der *Stiftungshochschule*. Bisher waren die staatlichen Hochschulen als Einheiten organisiert, die mit entscheidungsbefugten Gremien besetzt wurden und durch demokratische Wahlen gruppenanteilig besetzt waren. Mit dem Modell der Stiftungshochschule wird die Regierung der Hochschule sowie das Studium direkt an Markterfolge gekoppelt (vgl. Walk et al. 2008: 11; Silomon-Pflug 2010: 33f, 65ff.).

Dem Modell der Stiftungshochschule liegen Vorbilder aus den Wirtschaftswissenschaften zu Grunde¹². Ihre Binnenstruktur wird mit einem strategischen Management versehen, mit dem Ziel der Effizienzsteigerung. Diese Funktionen dienen der Marktorientierung (Walk et al.

¹¹ Das jüngste Beispiel ist der von der Schließung bedrohte Medizinstudiengang an der Universität in Lübeck.

¹² „Zum Teil nehmen sich die Landesgesetzgeber bei ihren Reformgesetzen die Struktur eines Wirtschaftsunternehmens zum Vorbild.“ (Knopp 2009: 19)

2008: 11). So fokussieren sich die „Universitäten [...] als sich selbst steuernde organisationale, unternehmerisch funktionsfähige Einrichtungen, [die] auf einem universitären Markt agieren [sollen]“ (Maasen/Weingart 2006: 19). Die „unternehmerische“ Universität als Dienstleistungsbetrieb bedient dann entsprechend dieser Logik ihre Kund_innen – Studierende, Unternehmen, Organisationen etc. – als Dienstleisterin.

Das ideologische Leitbild der Stiftungsuniversität wurde bisher nur an wenigen Hochschulen direkt umgesetzt. Im Wesentlichen stellt ihr Modellcharakter aber eine radikalisierte Form der neuen "Autonomie der Hochschulen" dar. Diese *Autonomie* ist nicht allumfassend, sondern gleichbedeutend mit einer zunehmenden Autonomie der Hochschulleitung gegenüber staatlicher Verwaltung sowie universitätsinternen Interessen der Lehrenden und Studierenden. Unternehmensvorständen ähnlich, ist die Hochschulleitung in Verbindung mit einem Hochschul- oder Universitätsrat, in denen vielfach einflussreiche Vertreter_innen der Wirtschaft mitwirken, damit befasst, das „Profil der Hochschule, Kernkompetenzen, Strategien [... auszuarbeiten, mit dem] Ziel, im Wettbewerb mit anderen Hochschulen gut abzuschneiden“ (Demirovic 2007: 541). Somit wird ein von wenigen Akteuren geformtes Ziel nach außen als kollektives Interesse aller Angehöriger der Universität kommuniziert. Intern werden die an der jeweiligen *best practice* orientierten Ziele verstärkt autoritär von oben nach unten implementiert. Die Hochschulleitungen werden mit einer enormen Kompetenzfülle ausgestattet (für die Goethe-Universität vgl. Silomon-Pflug 2010: 83f.). Bei gleichzeitig schwächerer Kontrolle durch staatliche und hochschulinterne Gremien

„entscheiden [die Hochschulleitungen] über Verwendung der finanziellen Mittel, nehmen Einfluss auf die Wahl der Dekane, delegieren externe Gutachter in die Kommissionen, sprechen die Berufungen aus und legen die Höhe der Gehälter fest, schließen Zielvereinbarungen, entscheiden über Studienangebot oder Art der angebotenen Abschlüsse.“

(Demirovic 2007: 541)

6.2.4 Exzellenzinitiative und Schwerpunktbildung

Nachdem das CHE die ideologische Munition bereitgestellt hatte, wurden die Änderungen mit den Novellierungen des Hochschulrahmengesetzes in den Jahren 1998ff. materiell (vgl. Silomon-Pflug 2010: 57ff.). Ein weiterer wichtiger Meilenstein in den Reformbestrebungen war

die im Jahre 2005 von Bund und Ländern beschlossene *Exzellenzinitiative*. Deren Ziel war die Steigerung der bisherigen „Forschungsqualität“ in der Breite sowie die Förderung von Spitzenforschung. Das Mittel bestand darin, die Hochschullandschaft durch die Exzellenzinitiative auszudifferenzieren und die universitären „Spitzenforschungen“ international sichtbar zu machen. „Durch die Förderung der universitären Spitzenforschung im Rahmen der Exzellenzinitiative sollen Leuchttürme der Wissenschaft in Deutschland entstehen, die auch international strahlen“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2009).

Die konstant evaluierte und in *Rankings* abgebildete „Exzellenz[initiative] verspricht eine große Erneuerung der Wissenschaft [...] im internationalen Wettbewerb“ (Münch 2007: 385). Ziel ist nicht die Förderung individueller Forscher_innenpersönlichkeiten und die Eingliederung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in die Universität oder eine autonome Organisation von Forschung und Lehre von selbständigen Wissenschaftler_innen, sondern vielmehr werden diese zu Forschungsmanager_innen. Als solche stehen sie im Wettbewerb um Verteilung von Forschungsgeldern und Einwerbung von Drittmitteln und konkurrieren global untereinander um Erfolge. Aber nicht nur die Wissenschaftler_innen sondern auch die Hochschulinstitutionen und Fachbereiche stehen sich im Wettbewerb um die erfolgreichsten Forscher_innen und Reputationen gegenüber (vgl. Stapelfeldt 2007, Demirovic 2010, Liessmann 2006).

Zeitgleich mit dem Ausbau von Spitzenförderung werden finanzielle Ressourcen in der Breite verknappt, was in der Konsequenz den Zwang zur Generierung von *Drittmitteln* erzeugt. Der Wettbewerb um Drittmittel wird dadurch zum elementaren Bestandteil der Konkurrenz von Hochschulen, aber auch zwischen Fachbereichen und Fakultäten, da mittels Evaluierungen beständig quantitativ ausgewertet wird, welche Drittmittel akquiriert wurden, wie viele Studierende, Absolvent_innen, Promovierte es gibt, in welchem Umfang veröffentlicht wurde etc.

Das Leitbild der „Exzellenz“ und der Zwang zur Drittmittelfinanzierung gehen mit verstärkten *Verknüpfungen zwischen Hochschule und Privatwirtschaft* sowie externen Steuerungsmechanismen wie Evaluations- und Akkreditierungsagenturen einher. Die unternehmerische Hochschule wird zunehmend mit der Privatwirtschaft in Verbindung gebracht. Universitäten erhalten aufgrund der neuen Autonomie gegenüber staatlicher Steuerung zunehmend die Möglichkeiten (bzw. sind gezwungen) strategische Allianzen zum Zwecke der Generierung von Drittmitteln einzugehen, während es der Privatwirtschaft im Gegenzug gelingt, direkten Zugriff auf den universitären Wissenschaftsbetrieb, aber auch auf den Austausch von Res-

sourcen, Wissen und Personal zu erhalten. Jene erhalten damit neue Möglichkeiten zur Generierung neuer Akkumulationsfelder in Bereichen, die vorher dem Kalkül der Profitabilität unzugänglich waren (Harvey 2007: 45f).

Mittels der Exzellenzinitiative, der Verknappung staatlicher Ressourcen und der Autonomie der Hochschule wird eine starke *Profil- und Schwerpunktbildung* der Hochschulen angetrieben, deren Ziel die (inter-)nationale Sichtbarkeit unter dem Stichwort der Exzellenz ist. Dies führt zu einer Stratifizierung innerhalb, aber auch außerhalb der universitären Einrichtung, da nicht nur zwischen den geförderten Projekten und Fachbereichen ungleiche monetäre Verteilung herrscht, sondern auch auf der nationalen Ebene, die zu einem verschärften inner- und außeruniversitären Verteilungskampf führt. Daraus resultieren Gewinner_innen und Verlierer_innen. So haben Disziplinen, deren Outputs nicht ohne weiteres quantifizierbar und evaluierbar sind, wie Gesellschaftswissenschaften, Geisteswissenschaften oder kleinere und „exotische“ Disziplinen, weniger Erfolg im Kampf um knappe Ressourcen. Verstärkt wird dies durch das sogenannten „Matthäus-Prinzip“¹³: Erfolgreiche Hochschulen oder Fachbereiche werden auch in Zukunft reichlich staatliche Fördermittel erhalten, ohne dass weniger erfolgreiche Chancen zum Aufschließen haben. Der Effekt ist eine Schwerpunktbildung auf profitable Fachbereiche bei gleichzeitiger Vernachlässigung oder Schließung weniger profitabler Einheiten. Wirtschafts- und Rechtswissenschaften entwickeln sich in diesem Prozess der Schwerpunktbildung zu den neuen *Leitdisziplinen*¹⁴. Begründet liegt dies darin, dass sie in Drittmittelakquise, externen Partnerschaften und in Rankings am besten abschneiden, mithin auch die meisten Ressourcen erhalten. Zudem stellen sie als auf den Finanzmarkt orientierte und i.d.R. positivistische Wissenschaften die adäquaten Wissensformen für den neoliberalen historischen Block bereit.

In der Transformation zu „wissensbasierten“ Produktionsverhältnissen kommt Bildungs- und Forschungseinrichtungen zunehmend *stadt- und regionalökonomische Bedeutung* im Rahmen des interurbanen Standortwettbewerbs zu. In letzterem spielen die Hochschulen eine zentrale Rolle, da sie für die Produktion von „Wissen“ eingesetzt werden, von welchem ökonomisches Wachstum erwartet wird. Außerdem sollen diese Institutionen als Leuchttürme dienen, durch die Regionen im Wettbewerb verstärkt wahrnehmbar werden. Es scheint auch so, dass die Eigenschaft „innovativ“ zu sein zu einem gesellschaftlich eingebetteten „tacit knowledge“

¹³ Matthäusevangelium 25,29: Wer hat, dem wird gegeben. Wer nicht hat, dem wird genommen.

¹⁴ Im fordistischen Block waren dies insb. Sozialwissenschaften, die adäquate Wissensformen und Subjekte für die Regulation fordistisch organisierter Gesellschaften bereitstellten.

wird und deshalb zu einem zentralen Faktor in der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen beiträgt (vgl. Heeg 2008: 232). Daraus ergibt sich ein weiterer, diesmal dem Bildungsapparat externer, Antrieb zur Profil- und Schwerpunktbildung.

7 Der neoliberale Umbau der Hochschulen und der Umzugsdiskurs

Vor dem Hintergrund dieses neoliberalen Umbaus des ISA Bildung werden die im vorherigen Kapitel angesprochenen Verschiebungen im Diskurs verständlich:

- Der neu eingedrungene Phänomenkontext mit dem Kernelement „Wettbewerb“ ist nicht auf die Goethe-Universität beschränkt, sondern vielmehr in einem wesentlich größeren Rahmen mit dem neoliberalen Umbau der Hochschulen als Diskursstrategie etabliert. Am Umzugsdiskurs lässt sich zeigen, dass diese beginnend ab der Jahrtausendwende bis in die Mikrostrukturen der Regierung von Hochschule eindringt.
- Die Verschiebung bzgl. der Reihenfolge im Umzug wird auf dieser Grundlage verständlich. Einerseits sind die neuen Leitdisziplinen die „Zugpferde“ der neuen unternehmerischen Universität, andererseits erhält die Verschiebung durch die Bedeutung dieser Disziplinen für den Frankfurter Finanzplatz eine hegemoniale Legitimation auch aus universitätsexternen Kreisen. Zusammen ergibt sich eine neue Hegemonie, die ausreichend ist, um eine Veränderung der Reihenfolge zu legitimieren und der die Gesellschaftswissenschaften nichts entgegenzusetzen können. Diese erfolgt jedoch erst relativ spät, was zeigt, dass ein hegemonialer Kampf zwischen alter und neuer Diskursstruktur stattfindet, der erst mit Weimars Rede von 2003 entschieden wird.
- Der Streit um die Benennung des IG Farben-Hauses kann teilweise¹⁵ aus dem neoliberalen Umbau erklärt werden: einerseits entspricht der intellektuelle Standpunkt der Gegner_innen des Namens „Poelzig-Ensemble“ der zunehmend irrelevant werdenden Tradition fordistischer Gesellschaftswissenschaften und Kritischer Theorie, ist mithin als Wettbewerbsvorteil nicht verwendbar. Andererseits stellt das Image des „Campus mit nationalsozialistischer Historie“ sogar eine Gefahr für das wettbewerbstauglichere Image des „schönsten Campus Deutschlands“ dar. Die Opposition zwischen schön und hässlich ist daher, wie oben angedeutet, mit weiteren Elementen der neuen Prob-

¹⁵ Natürlich spielen aber auch andere Faktoren wie bspw. gesamtgesellschaftliche Schlussstrich- und Geschichtsrevisionismuskurse eine Rolle.

lemstruktur verknüpft.

- Der gesamtgesellschaftliche neoliberale Diskurs über den Umbau der Hochschulen dient als hegemonialer Panzer im Umzugsdiskurs, womit erklärbar wird, warum alle Kritiken von der Wollheim-Initiative, über das IVI und Protestbewegungen bis hin zu den Gesellschaftswissenschaftler_innen auf dem Pol der Abweichung verbleiben, mit- hin im Kampf um die diskursive Hegemonie unterliegen.

Während in der zweiten Phase bis 2003 ein hegemonialer Kampf zwischen neuer und alter Diskursstruktur stattfindet, ist die Phase nach 2003 von der Hegemonie des neoliberalen Paradigmas geprägt. Zentrales Diskurselement ist der „Wettbewerb“ als hegemoniales Rückgrat, auf den alle anderen Diskurselemente bezogen werden (müssen).

8 Dritte Phase (2003 – heute): Hegemonie des Wettbewerbs

Am 11.06.2003 verkündet der hessische Finanzminister Weimar bei der Präsentation des Siegerentwurfs für das Bockenheimer Areal, dass die ersten Neubauten auf dem Campus Westend von den Fachbereichen Rechts- und Wirtschaftswissenschaften bezogen werden sollen. Im Zuge dessen werde ein weiteres Gebäude auf dem neuen Campus gebaut, das „House of Finance“ (HoF), ein „Leuchtturm der Finanzwirtschaft [sic!]“, welches den Beginn der zweiten Ausbaustufe als „nächster Meilenstein“ (FR, 25.02.2006) markiere. Diese Entscheidung wirft den zuvor vielfach bekundeten Plan eines zeitnahen Umzugs der „Turmwissenschaften“ auf den Campus Westend (u.a. FR, 09.11.1998, FAZ, 29.04.2001) über den Haufen und verlässt die oben dargestellten Phänomenstrukturen für einen Standortwechsel als Folgerichtigkeiten des akuten Platzmangels und des baulichen Zustands der Gebäude in Bockenheim. Durch das HoF, welches in Zusammenarbeit von privatwirtschaftlichen Finanzinstituten und der Universität entstand, materialisieren sich zudem die zuvor beschriebene verschärfte Wettbewerbssituation und der Umbau der Hochschulen.

Politik und Universitätsleitung erklären nicht, weshalb es zu diesem Bruch innerhalb der Umzugsreihenfolge, von der Notwendigkeit des Umzugs aus dem AfE-Turms hin zu der (zeitlichen) Bevorzugung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, kam. „Der Finanzminister ist im Moment die Lokomotive des ganzen Bauprozesses; das ist so einmalig und positiv für die Frankfurter Universität, diesen Prozess darf man nicht gefährden“ (UR, 05/2003), lautet die einzige Aussage von Universitätspräsident Steinberg zu diesem Thema und einer aufkommenden Kritik an der veränderten Umzugsreihenfolge. Hier zeigt sich nochmals der hegemoniale Panzer der neuen Phänomenstruktur gegen Kritiken. Doch wie ist die neue Problemstruktur intern verknüpft?

Die FAZ (11.06.2003) erkannte, dass „das House of Finance im ersten Bauabschnitt entstehen [soll], um den Finanzstandort Frankfurt zu stärken“. Eröffnet wird hier ein neues Deutungsmuster, dass die Goethe-Universität als Standortfaktor für den Finanzplatz Frankfurt konstruiert. Die Goethe-Universität fügt sich gern dieser Deutung, da auch sie einem immer schärferen Wettbewerb ausgesetzt ist und sich Vorteile durch die Zusammenarbeit mit privaten Fi-

nanzinstituten erhofft. Unsere Analyse macht deutlich, dass vermehrt Aussagen getätigt werden, die die Bedeutung des Wettbewerbs für die Universität hervorheben. Beispielhaft hierfür Finanzminister Weimar: „Die Universität mit nahezu 35.000 Studierenden sucht in vorbildlicher Weise die Freiheit von Forschung und Lehre mit optimaler universitärer Organisationsform, Ausstattung und Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden“ (UR, 01/2009). Dieser Wettbewerb wird auf verschiedenen Ebenen ausgetragen und dringt in die verschiedensten Bereiche der Universität ein. Es herrscht Wettbewerb zwischen den Hochschulen um exzellente Lehrende, um die besten Bedingungen und um hohe Drittmittelwerbungen. Weiter konkurrieren die Fachbereiche und Organe innerhalb der Goethe-Universität durch eine verstärkte Schwerpunktbildung untereinander um finanzielle Ressourcen, Mitspracherechte und nicht zuletzt Aneignung von Raum. Sieger_innen bleiben in diesem Kampf die neuen Leitdisziplinen. Schließlich konkurrieren die Universitätsstädte als Wirtschaftsstandorte untereinander, wobei die Hochschulen einen wichtigen Faktor darstellen – die hegemoniale Position der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften bezieht u.a. aus dieser Verknüpfung von Diskurselementen ihre Kraft.

Auch die materielle Produktion von Raum in Form gebauter Umwelt wird mit dem Wettbewerbselement verknüpft. Laut damaligem Präsident Steinberg habe sich die Goethe-Universität zu Exzellenz in Forschung und Lehre bekannt (UR, 03/2002). Auch die Stadt habe erkannt, „wie wichtig in der Wissensgesellschaft eine exzellente Universität auch für die Entwicklung von Stadt und Region ist“, sagte Steinberg weiterhin, weshalb die Stadt Frankfurt die Universität bei der baulichen Umstrukturierung auf vielfältige Weise unterstütze (UR, 05/2003). Damit erklärt sich auch, warum die einseitige Umdeutung des Kulturvertrags unwidersprochen bleibt. Die Neubauten auf dem Campus Westend dienen weitergehend dazu, der Goethe-Universität im Wettbewerb mit anderen Hochschulen eine bessere Ausgangslage zu verschaffen (ibid.). Die zweite Ausbaustufe gliedert sich als Lösungsstrategie in die Problemstruktur des Wettbewerbs ein.

Auf einer anderen Ebene fügt sich der Umzug der Goethe-Universität als wichtiger Faktor in die nationale Standortpolitik ein: „Es liegt im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft, dass die Metropole am Main ihre Stellung als internationales Finanzzentrum ausbaut“ (FAZ, 17.08.2006). Dabei liegen vor allem auf dem Bau des HoF sehr hohe Erwartungen:

„Das Projekt zielt auf nicht weniger, als ein Kompetenzzentrum von Welt-rang für alle Wissenschaften rund ums Thema Geld zu schaffen. Politik und

Universität schaffen damit eine Grundlage, Frankfurts gefährdete Stellung als führender Finanzplatz auf dem europäischen Kontinent zu bewahren und auszubauen und damit Tausende hochqualifizierte Arbeitsplätze abzusichern.“

(ibid.)

Das Deutungsmuster der Gefahr für den Finanzplatz Frankfurt wird seiner Lösung durch das HoF zugeführt. Die FAZ resümiert:

„Viele Jahrzehnte hatte es die Universität Frankfurt sträflich versäumt, die unmittelbare Nachbarschaft zum führenden Finanzplatz in Kontinentaleuropa als ein Glücksgeschenk zu begreifen und zum eigenen Vorteil zu nutzen [...]. Nun ziehen Universität, das Land Hessen, die Stadt Frankfurt und das private Bankgewerbe alle an einem Strang. Ziel ist, ein Netzwerk zwischen der Finanzplatz-Community, der Wissenschaft sowie der Politik aufzubauen.“

(FAZ, 24.02.2004)

Es wird deutlich, dass ein zentraler Aspekt der Konkurrenz von Städten als Wirtschaftsstandorte nun ebenfalls durch die Universität getragen wird und diese als Standortfaktor dient. Deutlich wird die Stellung der neuen Leitdisziplinen nicht allein innerhalb der Universität, sondern als Standortfaktor für Stadt, Staat und Wirtschaft. Sogar die alte Hegemonie der Gesellschaftswissenschaften wird im letzten Zitat umgedeutet: letztlich durch diese sei die Nachbarschaft von Universität und Finanzplatz „sträflich versäumt“ worden. Die neue Problemstruktur dominiert somit die Deutung der Vergangenheit. Die Presse unterdessen feiert die neue Hegemonie:

„Ganz bewußt nutzt die Universität im Wettlauf um einen Spitzenplatz in Europa nun ihren Vorteil der Nachbarschaft zu den zahllosen Finanzinstituten am Platz, angefangen von den in Frankfurt ansässigen Banken und Investmentfonds über Rechtsanwaltskanzleien, Wirtschaftsprüfern und IT-Spezialisten bis hin zur Europäischen Zentralbank und der Deutschen Bundesbank. Und alle diese Institutionen ziehen mit, suchen ihrerseits den Austausch mit Forschung und Lehre.“

(FAZ, 17.08.2006)

Weiterhin heißt es:

„Der Wunsch der Landesregierung, mit dieser Einrichtung [dem HoF; AP] die Bindungen zwischen Stadt, Universität und Finanzplatz zu stärken, war eine der wichtigsten Triebkräfte für das Wachstum des neuen Campus. Folgerichtig wurde entschieden, dass nach dem Umzug einiger Geisteswissenschaften und dem Bau des ‚House of Finance‘ als nächste Fakultäten die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften umziehen sollen.“

(FAZ, 22.04.2008)

Keine Rede ist mehr vom Platzmangel oder der „Marodheit“ in Bockenheim als wichtigster Begründung des Umzugs, keine Rede mehr von den einst präferierten Gesellschaftswissenschaften. Die Verschiebung im Diskurs als Änderung von Folgerichtigkeiten ist hegemonial geworden. Wichtigste Antriebsfeder ist das Diskurselement „Wettbewerb“ mit all seinen verknüpften Nebenelementen.

Der Neubau der Institutsgebäude auf dem IG Farben-Campus hilft dabei die Stellung der einzelnen Fachbereiche zu verbessern. Anscheinend „sind die Frankfurter Ökonomen dabei, sich unter den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in Deutschland und Europa einen Spitzenplatz zu erobern“ (FAZ, 16.09.2003). Messbar werde dies u.a. durch erhöhte Drittmittelwerbung und Spitzenwissenschaftler_innen, die in Frankfurt auch aufgrund der guten Perspektiven anheuern (ibid.). Die bevorzugte Behandlung der Fachbereiche mit der höchsten Wettbewerbsfähigkeit im Umzugsprozess spiegelt das Ziel der „inhaltlichen Profil- und Schwerpunktbildung“ (UR, 03/2002) und die Mittel, um dieses umzusetzen, deutlich wieder. Eine solche Schwerpunktbildung sei nötig um im „zunehmenden internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe und zusätzliche Finanzmittel erfolgreich bestehen zu können“ sagt Wissenschaftsministerin Wagner im UR (ibid.). Der Goethe-Universität geht es darum, sich innerhalb der deutschen Hochschullandschaft zu positionieren, was durch den Umzug stark vorangetrieben wurde: „600 Millionen Euro sollen bis zum Jahr 2014 verbaut werden, durch Bildung von Schwerpunkten wie den Finanzwissenschaften soll die Hochschule ein klares Profil gewinnen“ (FAZ, 18.08.2006).

Neben den Standort- und Wettbewerbsvorteilen sieht Finanzminister Weimar in den neuen Gebäuden auf dem IG Farben-Campus einen „Lernvorteil“ für die Frankfurter Studierenden. Er sei ein Vertreter der so genannten „amerikanischen These“: „Nur in modernen, ansprechenden Gebäuden könnten auch entsprechende Leistungen erbracht werden. Ein moderner

Finanzplatz brauche hoch spezialisierte Mitarbeiter auf allen Ebenen der Qualifikation und für sehr unterschiedliche Fachrichtungen“ (UR, 06/2006). Hier zeigt sich zum einen erneut die Bedeutung des ISA Bildung für die Reproduktion der Produktionsverhältnisse. Zum anderen zeigt die Rede von der amerikanischen These, dass Raum im Sinne von gebauter Umwelt als wichtiger Standortfaktor, mithin als Lösungsstrategie in der Problemstruktur Wettbewerb bezeichnet wird.

Neben den Verschiebungen im Diskurs um den Universitätsumzug verdeutlicht die Umwandlung der Frankfurter Universität in eine Stiftungsuniversität ihren neoliberalen Umbau. Nach Darstellung der FAZ sagte Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) beim Richtfest des HoF:

„Mit der Erweiterung der Universität und ihrer Umwandlung in eine Stiftung werde der Geist des Wettbewerbs und des bürgerschaftlichen Engagements wieder belebt, der für Frankfurt Anfang des 20. Jahrhunderts charakteristisch gewesen [ist]. Heute ist die Herausforderung der Wettbewerb um das ‚human capital‘.“

(FAZ 10.07.2007)

Die Umdeutung der Vergangenheit unter dem Banner des Wettbewerbs wird auch hier wieder deutlich, ging es doch 1914 weniger um den Geist des Wettbewerbs, als vielmehr darum, eine „Volksuniversität“ unter sozialdemokratischen Vorzeichen zu errichten (vgl. v. Friedeburg o.J.: 1). Auch zeigt sich nochmals die Hegemonie des Diskurselements „Wettbewerb“ außerhalb des Umzugsdiskurses, denn die Stiftungsuniversität als radikalisierte Form der autonomen Hochschule wird im Diskurs als nichts anderes als ein Wettbewerbsvorteil diskutiert.

In den vorangegangenen Ausführungen wurde versucht, die zentrale Stellung des Diskurselements „Wettbewerb“ in seinen verschiedenen Facetten und Verknüpfungen wiederzugeben. Insbesondere ab dem Jahr 2003 dominiert „Wettbewerb“ als hegemoniales Element den gesamten Umzugsdiskurs. Der Gedanke, dass sich eine Universität einer Logik des Wettbewerbs unterwirft und sich dahingehend erneuert, war in den vorangegangenen Dekaden an der Goethe-Universität und im gesamten ISA Bildung nicht denk- und sagbar. Das Auftauchen des Diskurselements „Wettbewerb“ steht damit für eine gewaltige Verschiebung im Diskurs über Hochschulen, was, wie dargelegt, auch am Umzug der Goethe-Universität sichtbar wird. Anhand der Analyse des Umzugsdiskurses wurde aufgezeigt, dass die diskursiv gemachten Gedanken von Konkurrenz, Standortvorteilen, Exzellenz oder Elite bei den Entscheidungsträger_innen aus Politik und Universitätsleitung sowie Privatwirtschaft und restlicher Zivilge-

sellschaft mittlerweile einen sehr hohen Stellenwert einnehmen. Räumlich materialisiert wird die Hegemonie dieses Diskurselements durch den Bau des HoF und der baulichen und finanziellen Bevorzugung derjenigen Fachbereiche, die eine „effektive“ und „exzellente“ Ausbildung von Studierenden für den Markt praktizieren.

9 Zusammenfassung: Verschiebungen im Umzugsdiskurs

Folgerichtigkeiten ändern sich. Im Diskurs über den Umzug der Goethe-Universität kristallisieren sich drei Phasen heraus. Diese sind nicht als trennscharf zu verstehen; aus Darstellungsgründen haben wir uns jedoch entschieden, entsprechend hegemonialer Diskurselemente eine Einteilung vorzunehmen. Tatsächlich findet sich im Diskurs aber ein permanenter Prozess der kleinen und großen Verschiebungen, Neujustierungen und Reproblematisierungen, der an den hier gezogenen Grenzen nicht Halt macht. In der Folge wollen wir davon abstrahierend noch einmal den Blick aufs große Bild werfen.

Während einer *ersten Phase*, in welcher gleichzeitig auch der Umzug der Universität begonnen wurde, waren vor allem die Problematisierungen „Raumnot in Bockenheim“ und „marode Bausubstanz“ von entscheidender Bedeutung. Aus der diskursiven Notwendigkeit heraus, die aus diesen Problematisierungen erwuchs, wurde die Verfügbarkeit des IG Farben-Hauses und des Geländes als willkommene Lösung verhandelt. Andere Diskurselemente, die später eine große Rolle spielten, wie die Fragen nach Wettbewerbsfähigkeit der Universität, die Konzentrierung auf Schwerpunkte oder die Frage nach Repräsentation, waren zu dieser Zeit kein Thema. So wurde das ehemalige IG Farben-Gelände in der ersten Phase auch nicht als exzellenter Ersatz für das Bockenheimer Areal verhandelt, sondern als dessen Erweiterung.

In einer *zweiten Phase* lassen sich neue Diskurselemente nachweisen, es kommt zum hegemonialen Kampf zwischen alter und neuer Phänomenstruktur. Die Folgerichtigkeit erfährt eine neue Justierung. Die Argumentationsmuster für den Umzug werden um Fragen der Wettbewerbsfähigkeit und der Repräsentation erweitert, das polar organisierte Deutungsmuster des „schönen Campus“ im Gegensatz zum „maroden Bockenheim“ etabliert sich – in diese Reproblematisierung fügt sich auch die Auseinandersetzung um Geschichte und Namen des IG Farben-Hauses ein. Parallel beginnt mit der Verabschiedung des Hochschulentwicklungsplans die interne Umgestaltung der Universität. Dieses dem Umzugsdiskurs zunächst externe Ereignis dringt aber innerhalb kürzester Zeit in selbigen ein und wirkt sich auf Planung und Umsetzung aus. Die Auflösung des Universitätsstandorts in Bockenheim wird in offenem, aber unthematisiertem Widerspruch mit dem Kulturvertrag beschlossen. Ferner wird die Um-

zugsreihenfolge der Fachbereiche als Ausdruck der sich durchsetzenden neuen Leitdisziplinen „Rechts- und Wirtschaftswissenschaften“ getauscht.

Die Änderung der Folgerichtigkeit zeigt, in welcher Weise der Umzugsdiskurs politische Gründe und gesellschaftliche Verhältnisse beinhaltet. In der die Reproblematisierung begleitenden Debatte werden Funktion und Organisation von Universität und Bildung in den sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen diskutiert – Folgerichtigkeiten änderten sich mithin im Bezug auf gesamtgesellschaftliche Debatten und Verschiebungen. Der neoliberale Diskurs hält in der zweiten Analysephase scheinbar kompromisslos Einzug im universitären Umzugsprozess. Während im Kontext des Einzuges der Geisteswissenschaften in den ehemaligen IG Farben-Komplex Kritik zunächst noch verhandelt wird und die Stimmen kritischer Studierender auch in der universitären Publikation UR Erwähnung finden, werden Entscheidungen, die den Umzug betreffen, zunehmend nach ökonomischen Maßstäben und im Wohlwollen wirtschaftlicher Interessen getroffen.

Die *dritte Phase*, in der sich die Universität gegenwärtig befindet, umfasst die – im gramscianischen Sinne – Hegemonie der neoliberalen Ideologie: Im Rahmen der Herstellung eines europäischen Marktes für Bildung und Wissenschaft durch (inter-)nationale Reformen werden Bildungseinrichtungen wie Universitäten verstärkt zu Wissensbetrieben transformiert, die nach wirtschaftlichen Kriterien möglichst effizient Wissen produzieren und in permanenter Konkurrenz zu anderen Wissensbetrieben stehen. Die neue Folgerichtigkeit für die Goethe-Universität ist dementsprechend das Erreichen von internationaler Exzellenz derjenigen Fachbereiche, die eine starke Verbindung zum Finanzstandort Frankfurt aufweisen. Hierbei verdeutlicht die politische Entscheidung gegen die „Turmwissenschaften“ die Ausbreitung des Konkurrenzprinzips auf die Fachbereiche innerhalb der Universität: während die neuen Leitdisziplinen bevorzugt werden, dürfen andere Fachbereiche nur verzögert umziehen, und weitere sind aus Gründen neoliberaler Rationalität und Effizienz um ihre gesamte Existenz bedroht. Mit der neoliberalen Phänomenstruktur verschwindet der AfE-Turm und seine prekäre Sicherheitslage aus dem Diskurs: die Verwertbarkeit einzelner Fachgebiete bestimmt die organisatorische Praxis, das House of Finance als sogenannter „Leuchtturm“ des neuen Campus versinnbildlicht diese.

10 Fazit: Gegenhegemonie

„Nichtsdestotrotz
was für ein wunderschönes Wort [...]
Es bedeutet nichts anderes
dass man mit allem kämpft auf der ganzen Welt
Nur um einmal hier zu stehen
an einem Punkt an dem einem alles gefällt.“
Tomte – Warum ich hier stehe (2006)

Die Goethe-Universität schreitet mit ihrer Programmatik der Neuerfindung galoppierenden Schrittes voran. Gemeinsam wird am neuen Image gefeilt: dem neuen und weltweit einflussreichen Zentrum für Finanzwissenschaft. Der einst kritische Geist der Kritischen Theorie verkommt zum Label der „Frankfurter Schule“. Das finanzielle Volumen dieses Projekts verlangt kompromisslosen und schnellen Erfolg.

Dem entgegen kam es im Herbst 2009 zum wiederholten Male in Frankfurt zum „Bildungsstreik“. Am 30.11. wurde im Anschluss an eine Vollversammlung das Casino – ursprünglicher Bestandteil Poelzigs IG Farben-Komplexes und der Universität als Mensa und Prestigeobjekt nach außen dienend – besetzt. Binnen kurzer Zeit wurde ein umfangreiches alternatives Workshopprogramm auf die Beine gestellt. Ziel war, „die Entwicklung der Hochschule und der Proteste zu reflektieren“ (Bauer et al. 2009: 4). Im Prinzip handelte es sich damit um ein gegenhegemoniales Projekt, welches der Neoliberalisierung der Hochschulen in Frankfurt und anderswo als praktische und diskursive Strategie entgegengesetzt war.

Nur drei Tage später, am 02.12., bewies sich, dass das im Umzugsdiskurs entwickelte Deutungsmuster des „schönen Campus“ auch in ganz anderen Bereichen seine Folgerichtigkeit entfaltet: Unter dem Vorwand des Vandalismus als Gefährdung der schönen weißen Wände wurde das Gebäude von Bereitschaftspolizei geräumt, 176 Besetzer_innen erhielten Anzeigen

wegen Hausfriedensbruchs¹⁶. Im Anschluss an die Räumung kam es im nahegelegenen Westend zu Schlagstockeinsätzen der Polizei, in den folgenden Tagen wurden Universitätsgebäude von Wachschutz bewacht oder, wie im Falle des AfE-Turms geschehen, gleich ganz geschlossen.

Deutlich zu sehen war der Zusammenhang von ideologischem und repressivem Staatsapparat. Ersteren, durch die neoliberale Hegemonie transformiert und in der Phänomenstruktur des schönen Campus materialisiert, galt es wider gegenhegemoniale Diskursstrategien zu verteidigen. Während dies, wie im Umzugsdiskurs gesehen, ein typisches Thema der letzten Dekade war, war der Rückgriff auf den repressiven Staatsapparat neu¹⁷: zu verstehen ist dies als „Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (Gramsci 1992: 783; vgl. Buckel/Fischer-Lescano 2007). *Nichtsdestotrotz* birgt das Ereignis zwei Hoffnungsschimmer: Einerseits sind Kämpfe um die Hegemonie im Umzugsdiskurs und darüber hinaus mit der neuen neoliberalen Phänomenstruktur nicht befriedet. Dies beinhaltet, dass ein gegenhegemoniales Projekt erfolgreich sein *kann*, wenn es nur vehement genug vorangetrieben wird. Zweitens zeigt sich, dass die herrschende Phänomenstruktur rein ideologisch nicht mehr abzusichern ist – vielmehr muss auf Repression als ultimative Gewaltlösung zurückgegriffen werden. So unschön dies für die Betroffenen ist, bleibt doch die Hoffnung, dass die aktuelle Hegemonie in der Krise ist. *Folgerichtig* ist dann, an diese beiden Punkte anzuknüpfen: Let’s push things forward!

¹⁶ Der Zynismus, Studierende an der eigenen Universität als Hausfriedensbrecher_innen zu verstehen, wurde mit dem Deutungsmuster der „reisenden Chaoten“ gerechtfertigt.

¹⁷ Frühere Besetzungen des Turms wurden als zwar nicht gern gesehene, aber letztlich doch geduldete Kämpfe im Diskurs gedeutet. Folgerichtig galten sie in der diskursiven Problemstruktur als legitimes Mittel. Mit der neuen Phänomenstruktur ist dies nicht mehr der Fall.

Literaturverzeichnis

- Althusser, L. (1977): *Ideologie und ideologische Staatsapparate – Aufsätze zur marxistischen Theorie*. Hamburg/Westberlin.
- Bauer, C.; Brüchert, O.; Burkhardt, S.; Färber, C.; Hammermeister, J.; Kapfinger, E.; Sablowski, T.; Schlesinger, N. (2009): Einleitung. In: Dies. (Hg.): *Hochschule im Neoliberalismus – Kritik der Lehre und des Studiums aus Sicht Frankfurter Studierender und Lehrender*. Frankfurt. S. 4.
- Buckel, S.; Fischer-Lescano, A. (2007): *Hegemonie gepanzert mit Zwang : Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden.
- Bund-Länder-Arbeitsgruppe (1993): *Das Eckwertepapier der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des vorgesehenen bildungspolitischen Spitzengesprächs 1993 (Endfassung vom 5. Mai 1993)*. <http://www.hopo-www.de/konzepte/eckwerte/welcome.html> (13.09.2010).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2009): *Exzellenzvereinbarung II*. http://www.bmbf.de/pub/exzellenzvereinbarung_zwei.pdf (08.08.2010).
- Confederation of EU Rectors' Conferences and the Association of European Universities (CRE) (2000): *The Bologna Declaration on the European space for higher education: an explanation*. URL im Internet: <http://ec.europa.eu/education/policies/educ/bologna/bologna.pdf> (13.05.2010).
- Demirovic, A. (2007): *Die Transformation der Staatlichkeit von Hochschulen*. In: *Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* 272/ 2007. S. 531-545.
- Demirovic, A. (2010): *Von der bedingten Universität zum emanzipatorischen Wissen. Für eine demokratische Hochschulreform jenseits von „Bologna“*. In: *Ein Kollektiv Münchner Studentinnen und Studenten (Hg.): Unbedingte Universitäten. Was passiert? Stellungnahme zur Lage der Universitäten*. Zürich. S. 393-406.
- Diaz-Bone, R. (2002): *Kulturwelt, Diskurs und Lebensstil. Eine diskurstheoretische Erweiterung der bourdieuschen Distinktionstheorie*. Opladen (Leske+Budrich).
- Foucault, M. (1995[frz. 1969]): *Die Ordnung der Dinge : eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt/M. (Suhrkamp).
- Foucault, M. (1978): *Ein Spiel um die Psychoanalyse. Gespräch mit Angehörigen des Département de Psychanalyse der Universität Paris/Vincennes*. In: *Ders.: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin (Merve). 118-175.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ):
- 25.01.1994: *Plädoyer fürs IG-Farben-Haus. BDA und Städtebaubeirat: Glücksfall für die Euro-Bank*. S. 34.

- 28.04.1994: Land hat nur noch Zeit bis Ende Juni. Polizeipräsidium: Bund erwartet Entscheidung für PX-Areal / Millionen teures Vorkaufsrecht. S.46.
- 06.05.1994: Die Wissenschaft soll ins IG-Farben-Haus. Neue Nutzung gesucht / Städtebaubeirat gegen Polizeipräsidium am Grüneburgpark. S. 61.
- 14.09.1994: Offen für Pläne der Universität. IG-Farben-Haus: Bund stellt Vermarktung zurück. S. 41.
- 15.05.1996: 148 Millionen Mark für das IG-Farben-Haus. Kabinett billigt Verhandlungsergebnis von Bund und Land / Umbau soll sofort erfolgen. S. 49.
- 10.11.1998: Gedanken über neuen Campus. Universität plant langfristig Verlegung auf IG-Farben-Gelände. S. 51.
- 27.10.2001: Zeugnis der Kultur und der Barbarei. Das IG-Farben-Haus ist offiziell der Frankfurter Universität übergeben worden. S. 71.
- 24.04.2001: Frankfurter beerben IG Farben - Umzug in den Poelzig-Bau. Erschienen auf FAZ.net.
- 29.04.2001: Mächtiges Symbol für eine neue Ära. Die Frankfurter Goethe-Universität bezieht den Westend-Campus. S. 17.
- 27.05.2003: Teures Neubau-Projekt in Zeiten der finanziellen Krise. Frankfurter Campus Westend: Wissenschaftsrat informiert sich über das Vorhaben / Lösung für alte Deutsche Bibliothek in Sicht. S. 44.
- 11.06.2003: Campus-Bauten sollen weitgehend abgerissen werden. Entscheidung im Wettbewerb um Uni-Areal in Bockenheim. S. 43.
- 13.06.2003: "Katastrophe für Fachbereiche". Protest an der Uni gegen mögliche Änderung der Umzugspläne. S. 52.
- 16.09.2003: Vorrang für Recht und Wirtschaft. Deutsche Bank fördert "House of Finance" mit Millionenbeträgen. S. 48.
- 17.08.2006: Kaderschmieden für den Finanzplatz. Das neue "House of Finance" und die "HfB Business School" wollen in die Spitzenliga. S. 47.
- 18.08.2006: Ein Wissenschaftszentrum für alle Themen rund ums Geld. Erster Spatenstich für das "House of Finance" / Universität Frankfurt strebt mit dem Projekt eine internationale Spitzenstellung an / Enge Kooperation mit dem Finanzplatz. S.21.
- 30.01.2007: Steinberg: Uni Frankfurt ist ein gefesselter Riese. S. 46.
- 10.07.2007: Campus Westend wächst nach Plan. Richtfest für "House of Finance" der Universität. S.42.
- 22.04.2008: Neuer Ort und neue Wege. Neuanfang am Main: Die Baustellen der Frankfurter Universität. S.4.

Frankfurter Rundschau (FR):

- 29.01.1998: Reformen bringen festen Stand. Unipräsident Meißner zieht nicht nur negative Bilanz. S. 22.
- 09.11.1998: Universität plant den Abschied von Bockenheim. Verkauf des Campus soll eine neue Hochschule am IG-Farben-Haus ermöglichen. S. 13.

- 19.12.2001: "Institute für Law and Finance" soll Spitzenkräfte ausbilden. Im nächsten Jahr können sich Juristen erstmals für das zwei Semester dauernde Aufbaustudium einschreiben. S. 28.
- 14.05.2002: Entwurf für neuen Uni-Campus bis Ende 2002. Planungsausschuss akzeptiert Wohnungsbau im maroden Viertel nördlich des Hauptbahnhofs. S. 30.
- 28.12.2005: Die Goethe-Uni schafft Platz für ihre Zukunft; das zuendegehende Jahr war für die Frankfurter Hochschule mit vielen Um- und Abbrüchen verbunden / Arbeiten im Westend gehen gut voran. S. 35.
- 25.02.2006: Campus Westend. "House of Finance" soll Anfang 2008 fertig sein. S. 29.

von Friedeburg, L. (o.J.): Geschichte des Instituts für Sozialforschung. URL im Internet: http://www.ifs.uni-frankfurt.de/institut/ifs_geschichte.pdf (29.09.2010).

Glasze, G.; Mattissek, A. (2009): Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: Dies. (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld. S. 153-179.

Habermas, J. (1995[1981]) : Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bände. Frankfurt/M. (Suhrkamp).

Harvey, D. (2007): Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung. Hamburg.

Heeg, S. (2008): Die Debatte um regionale Innovationssysteme vor dem Hintergrund Wirtschaftsglobaler Herausforderungen. In: Krumbein, W. et al. (Hg.): Kritische Regionalwissenschaften. Gesellschaft, Politik, Raum. Münster. S. 228-247.

Hessisches Ministerium der Finanzen (2000): Verträge zwischen dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt am Main a) zur Ergänzung und Änderung des Universitäts-Übernahmevertrages vom 20. Juni 1967, zuletzt geändert durch Vertrag vom 1. Januar 1971; b) zur Änderung des Hochschule für Musik-Finanzierungsvertrages vom 26. September 1966. *Staatsanzeiger für das Land Hessen*, 2000(25). 1824-1837. URL im Internet: <http://starweb.hessen.de/cache/STANZ/2000/00025.tif> (03.05.2010).

Jäger, S. (2006): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller et al. (2006): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1. Wiesbaden (VS Verlag).

Jäger, S. (2009): Kritische Diskursanalyse – Eine Einführung. 4. Aufl. Unrast Verlag.

Kapfnger, E.; Sablowski, T. (2010): Bildung und Wissenschaft im Kapitalismus. In: Bauer, C.; Brüchert, O.; Burkhardt, S.; Färber, C.; Hammermeister, J.; Kapfnger, E.; Sablowski, T.; Schlesinger, N. (Hg.): Hochschule im Neoliberalismus – Kritik der Lehre und des Studiums aus Sicht Frankfurter Studierender und Lehrender. Frankfurt. S. 5-17.

Keller, R., Hirsland, A., Schneider, W., Viehöver, W. (2003): Die vielgestaltige Praxis der Diskursforschung – Eine Einführung. In: Dies. (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band II. Opladen (Leske+Budrich).

Keller, R. (2007): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden (VS Verlag).

- Kraler, A. (2002): Textwelten – Der Ideologiebegriff Althusser's & der Cultural Studies und das Postulat der Historizität von Texten.
http://evakreisky.at/onlinetexte/nachlese_textwelten.php (28.07.2010).
- Krätke, M.R. (2007): Die Universität als Unternehmen auf dem Bildungsmarkt. In: Brüchert, O.; Wagner, A. (Hg.): Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Marburg (BdWi-Verlag). S. 83-94.
- Liessmann, K. (2006): Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft. Wien.
- Link, J. (2008): Dispositiv. In: Kammler, C.; Parr, R.; Schneider, U.J. (Hg.): Foucault-Handbuch. Stuttgart u.a. (Metzler). 237-242.
- Maasen, S.; Weingart, P. (2006): Unternehmerische Universität und neue Wissenschaftskultur. <http://ids.hof.uni-halle.de/documents/t1492.pdf> (08.08.2010).
- Mayring, P. (2008): Qualitative Inhaltsanalyse – Grundlagen und Techniken. Weinheim (Beltz).
- Müller-Böling, D. (2000): Die entfesselte Hochschule. Gütersloh (Bertelsmann).
- Münch, R. (2007): Die akademische Elite. Frankfurt.
- Roth, K.-H. (2009a): Die I.G. Farbenindustrie AG von 1933 bis 1939. URL im Internet:
http://www.wollheim-memorial.de/files/1001/original/pdf_Karl_Heinz_Roth_Die_IG_Farbenindustrie_AG_von_1933_bis_1939.pdf (28.09.2010).
- Roth, K.-H. (2009b): Die I.G. Farbenindustrie AG im Zweiten Weltkrieg. URL im Internet:
http://www.wollheim-memorial.de/files/1000/original/pdf_Karl_Heinz_Roth_Die_IG_Farben_Industrie_AG_im_Zweiten_Weltkrieg.pdf (28.09.2010).
- Rausch, A. (2009): Der Kulturvertrag und seine Auslegung. URL im Internet:
http://www.attac-ffm.de/x_pdfs/Vortrag.pdf (15.08.2010).
- Schreibwerkstatt des Arbeitskreises Kritische Geographie (2011): Kritische studentische Initiativen an der Bologna-reformierten Universität – Möglichkeiten und Grenzen. *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies*, im Druck.
- Silomon-Pflug, Felix (2010): Gouvernementale Regierung (in) der Hochschule des 21. Jahrhunderts. Marburg.
- Stapelfeldt, G. (2007): Der Aufbruch des konformistischen Geistes. Hamburg (Dr. Kovac).
- Strauss, A.L. (1998): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. München (Fink).
- Strauss, A.L., Corbin, J.M. (2008): Grounded theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim (Beltz).
- UniReport (UR):
- 05/2001a: Arthur von Weinberg- statt IG Hochhaus?
 - 05/2001b: Studierendenvertreter erinnern an die nationalsozialistische Vergangenheit. »Das IG-Farben-Haus heißt auch so«.
 - 08/2001: Die Arbeit beginnt jetzt. Erste Stufe des Hochschulentwicklungsplanes im Senat verabschiedet.
 - 01/2002: Muss die Universität Frankfurt neu strukturiert werden?

- 02/2002: Freiheit für das Denken. Aktionswoche gegen die Ökonomisierung der Universität.
- 03/2002: Auf dem Weg zu einer der modernsten Hochschulen Deutschlands. Land Hessen und Stadt Frankfurt tragen gemeinsam grundlegende Standortneuentwicklung.
- 05/2003: »Die Intensität und das Tempo der Veränderung habe ich nicht geahnt«. Präsident Prof. Rudolf Steinberg mit einer Halbzeitbilanz seiner sechsjährigen Amtszeit und Perspektiven für die kommenden drei Jahre.
- 06/2006: Meilenstein für Universität und Finanzplatz Frankfurt. Baubeginn House of Finance / Auftakt für Errichtung des ersten Clusters der Erweiterung Campus Westend / Beschleunigte Fertigstellung der Neubauten signalisiert .
- 01/2009: „Meilenstein der Neuordnung“ Erster Bauabschnitt auf dem Campus Westend übergeben / Start für zweite Ausbaustufe

Wagner, Klaus (1999): Erwerbsgeschichte des Poelzig-Ensembles. In: Meißner, W.; Dieter R.; Wang, W. (Hg.): Der Poelzig-Bau: vom I.G. Farben-Haus zur Goethe-Universität. Frankfurt (Fischer). S. 123-129.

Walk, H. et al. (2008): Ein Elend – und seine Dimension. In: Sambale, J. et al. (Hg.): Das Elend der Universitäten. Neoliberalisierung deutscher Hochschulpolitik. Münster. S. 7-25.

Wissenschaftsrat (1993): 10 Thesen zur Hochschulpolitik. In: Ders. (Hg.): Empfehlungen und Stellungnahmen 1993. Köln. S. 7-46.

Anhang: Diskursforschung als Fußballspiel

Im Hauptteil der Arbeit mussten wir uns leider den Zwängen des „kontrollierten Möglichkeitsfeldes“ beugen, in dem kritische Initiativen an der neoliberalen Hochschule arbeiten (vgl. Schreibwerkstatt des Arbeitskreises Kritische Geographie 2010). Um abschließend unsere autonome und radikale Meinung im Umgang mit der dort propagierten Art von Wissenschaft zu demonstrieren, nehmen wir Anregungen von Reiner Keller (2007: 107) die Darstellung von Ergebnissen der Diskursforschung betreffend dankend an und eröffnen unser eigenes Spielfeld, auf dem wir lieber spielen. Wir geben den Diskursverlauf in Form einer episodischen Geschichte als Fußballspiel wieder. Und das geht so:

„Kritik 68 Bockenheim“ vs. „Exzellenz 03 Westend“. Tales about crosses, offsides, and tackles from behind.

Anpfiff! Bockenheim am Ball. No 4, die Geisteswissenschaften, sieht nach 19:90 Sekunden etwas hilflos aus und wirkt, als ob sie auf 30 Standorte im Raum verteilt wäre. Konzentration erforderlich! Die Fans fordern: Bockenheimer Depot! Doch No 4 steht vollkommen neben sich und verliert das Leder an Spieler No 7 von den Exzellenten, dem Planungsdezernat Frankfurt. Die passen den Ball an Spieler No 14, Land Hessen. Die Fans rufen: Uni ins IG-Farben-Haus! Die Pessetribüne lauscht interessiert und applaudiert.

Hessen zurück auf Mannschaftskapitän und Mittelfeldstrategen mit der No 10, Werner Meißner. Der zeigt Gefühl im Umgang mit dem Ball und dribbelt sich geschickt um die Löcher im Bockenheimer Rasen. Unterstützung kommt aus der Kurve. Die in der Fanszene für ihre rechtsradikalen Äußerungen bezüglich MigrantInnen gerade in der Kritik stehende Gruppierung „Bund und Wissenschaftsrat“ unter Vorsänger Kohl grölt: nur 50% des Preises! Meißner dadurch hochmotiviert, treibt die Kugel durchs Mittelfeld, heraus kommt aber eine zweiminütige Durststrecke, in der nix entscheidendes passiert. Dann gibt er die Kugel endlich ab, nach 19:96min kommt die Flanke raus aufs Planungsdezernat. Die nehmen die maßgerecht gespielte Kugel gekonnt auf und leiten durch eine schöne B-Plan-Vorlage mit Hochschulstandort-Effet an die aufgerückte No 4, die Stadtverordnetenversammlung, die erste gefährliche Ballstafette ein. No 4 geschickt per Beschlusspass steil auf No 14 und die packt aus 148cmio den

Hammer aus! Und dann ist das Ding drin! Exzellenz 1:0! Liegenschaft gekauft, und die Aus-sichten fürs weitere Spiel sehen rosig aus. Die Kritischen sehen ein wenig bedröppelt aus, scheinen aber Hoffnung zu haben.

Anstoß. Geisteswissenschaften jetzt nach dem Gegentor hochmotiviert, begreifen selbiges als ihre Chance, heute doch noch eine gute Figur zu machen. Unterdessen gibt Capitano Meißner per lautstarkem Rechenschaftsbericht neue taktische Anweisungen ans Team durch: „Ab Minute 19:98 spielen wir die neoliberale Strategie! Wir verändern die Teamstruktur, Land Hessen spielt jetzt defensiver, rührt mir nicht mehr so sehr im Spiel rum und ist auf die Absicherung bedacht! Ich brauche Autonomie, um meine exzellenten Qualitäten zu zeigen.“ Hessen daraufhin beleidigt, fährt die finanzielle Unterstützung im Grundspelaufbau zurück, soll der Meißner doch ausbaden, was er fordert.

Meißner ist das egal, schickt einen Machbarkeitsseitenwechsel rüber auf die andere Seite, Ball geht ins Aus. Schiedsrichterassistent Reinhard Tölke, neben seiner Leidenschaft für Fußball Architekt, gibt aber überraschend Einwurf für Team Exzellenz, ist also doch machbar. Die daher weiter am Ball, Mensch, machen die heute Druck. Die Bockenheimer sind im Abwehrkampf in der eigenen Hälfte verwickelt, die neue Taktik von Meißner scheint zu wirken. Meißner aber weiter unzufrieden – der in der Bockenheimer Hälfte angerührte Beton bietet der Exzellenz-Offensive keine Möglichkeiten um die Führung auszubauen. Man kann es schlecht verstehen aber er murmelt etwas wie: „Wir sind ..in.....von den..... Bockenheim[ern] zugemauert.“ Er scheint sich Gedanken zu machen, wie er da rauskommt.

Meißner muss grübelnd in der 19:98min. raus, neuer Kapitän jetzt Steinberg. Gibt dem Spiel ganz neuen Schwung, lenkt das Spiel aber wie der Alte. Jetzt sind auch die Fans wieder da, die Gruppierungen „CHE“, „Europa“ und „Bund und Wissenschaftsrat“ unterstützen, durch den ideologischen Eifer etwas lallend: „Mir fahrn nach Bolllogna - Eurobabogal, Eurobabogal. Rudi Schdeinberg: Fußballgodd!“. In der gegenüberliegenden Kurve ist unerklärliche Stille, was ist da los? Haben die die Ereignisse verpennt? Oder sollten sie gar dem Druck des internationalen Wettbewerbs nicht standhalten können?

Stadt und Land Hessen jetzt im Kulturvertrags-Doppelpassspiel. Steinberg fügt sich lückenlos ein. Es wirkt, als ob die da seit Jahren in Treu und Glauben zusammenspielen.

Doch der Schein trügt: Unvermittelt ein böses Einsteigen vom gerade erst eingewechselten Kapitän am eigenen Mitspieler. Steinberg reklamiert: „Ball gespielt“! Doch an der Miene des

an der Seitenlinie behandelten Mitspielers lässt sich erkennen: Uminterpretation des Kulturvertrags: Ob dieser Akteur wieder aktiv ins Spiel eingreifen kann scheint unklar.

Nach dieser hektischen Phase haben sich die Wogen wieder etwas geglättet. Mittelfeldgeplänkel. Doch wie aus dem Nichts: Rudelbildung vor den Coaching-Zonen – Namensstreit – die Trikotbeschriftung steht zur Debatte. Mitten in diese emotional aufgeladene Situation hinein wird in min. 20:03 mit der Nummer 11 Mittelstürmer IVI eingewechselt. Die harmonisieren sehr gut mit der Nummer 9, „Initiative Kritischer Studierender auf dem IG-Farben-Campus“. IVI wirbeln gleich mit viel Protestschwung, setzen sich auf der linken Außenbahn elegant durch, IG-Farben-flanken auf Initiative, harter Kopfball – und: kein Tor! Schlussmann Prof. Trömmel hat aufgepasst und mit einem widerlich anzusehenden aber erfolgreichen Schlussstrichreflex die Kugel rausgefischt. Auf der Linie eine Katze, doch die Strafraumbeherrschung ausbaufähig: Er kann den Ball nur zur Seite wegfausten. Die Murmel ist noch heiß, die Situation noch nicht endgültig bereinigt. Die Initiative weiterhin am Ball, präziser Gedenktafelpass auf Brumlik. Die „Vereinigung der Opfer des Faschismus“ mit der No 45 tigert nervös um die Bank und will eingewechselt werden. Aber Steinberg weist den Schiri mit bösem Lächeln daraufhin, dass der Ball noch im Spiel ist, die Vereinigung muss draußen bleiben. Brumlik deshalb stinksauer, zaubert im Gegenzug aber den erstmals von Walter Benjamin 1968 vorgeführten Kultur-Barbarei-Seitfallzieher hervor. Wollheim-Präzisionsgeschoss! Aber was ist das?! No. 2, OB Roth, hat zusammen mit dem auf der Bank sitzenden Straßenverkehrsamt das Tor in den Bürokratiedschungel verschoben und so verschwindet Brumliks Wollheim-Ball im schwarzen Nachthimmel. Die Exzellenten spielen heute mit allen Mitteln weit in der Illegalität, der Schiri aber legt es als internationale (Wettbewerbs-)Härte aus und lässt das Spiel laufen. Team Kritik empört, umzingelt den Schiri, der ist aber vollkommen unbeeindruckt.

Abstoß von Trömmel, Ball jetzt bei Weimar. Min 20:03. Der mit beeindruckendem Solo über den halben Platz, flippert die Kugel dann mit No 5, „Rechts- und Wirtschaftswissenschaften“, und No 8, dem aufsteigenden Jungstar mit viel Finanzplatz-Potential „House of Finance“, hin und her. Das geht so schnell, da steht die Bockenheimer Abwehr mit offenem Mund daneben. Ball jetzt wieder bei Weimar. Der zieht ansatzlos aus dem Fußgelenk ab – und da ist das 2 - 0! Das war ein ganz krummer Pressemitteilungs-Flutterball oben rechts ins Eck. Schlussmann Oevermann chancenlos, schimpft über die Platzverhältnisse: „Katastrophe!“ „Slumartig!“ Steinberg tanzt um die Eckfahne und brüllt: „Super Karl-Heinz, du bist heute die Lokomotive in unserem Spiel!“ Die Pressetribüne applaudiert.

Steinberg erschöpft aber glücklich in Minute 20:08 raus, sein Bierbäuchlein zeugt von nicht absolviertem Konditionstraining. Gibt die Kapitänsbinde an Müller-Esterl weiter. Spiel läuft weiter, „House of Finance“ zeigt jetzt ihr ganzes Finanzplatz-Potential, die sind jetzt Leistungsträger bei den Exzellenten.

Dann schrillt die Pfeife vom Schiri. Hektisches Treiben auf dem Platz, was ist los? Steinberg beim Schiri, will gesehen haben, wie Kritik-68-Bockenheim AnhängerInnen der Gruppe „Bildungsstreik zwei-neun“ den VIP-Raum „Casino“ in Kleinholz verwandelt haben. Auch Heck-Bilder sollen in Mitleidenschaft gezogen worden sein – das ist ein schmieriger Vorwurf, den er da anbringt! Randalen will sich die Exzellenz-Vereinsführung bei einem Heimspiel nicht gefallen lassen und fährt die Politik der weißen Wand. Heute gilt: zero tolerance mit reisenden Chaoten, und da kommt auch schon die Bereitschaftspolizei.

Spiel jetzt unterbrochen: Mannschaften und Referee verschwinden in den Katakomben. „Sogenannte“ Fans und Polizei läuten unter den Parolen „Räumung“ und „Hausrecht“ die dritte Halbzeit ein, noch bevor die reguläre Spielzeit der ersten Halbzeit abgelaufen wäre und liefern sich nach der Räumung des VIP-Raumes noch eine Trainingseinheit im Spiel ohne Ball. Doch der Spaß vergeht den „Problemfans“ schnell, der Polizeisportverein hat Eisenstollen und Schienbeinschoner eingepackt und sucht das körperbetonte Spiel. Die Kritik-Fans versuchen unter Zuhilfenahme des jugendlichen Konditionsvorteils nicht in die Abseitsfalle zu tappen, um ohne Blessuren davonzukommen, einige Blutgrätschen bleiben aber nicht aus.

Leer und verwaist liegt der Rasen unter Flutlicht. Die Vereinsführung beziffert den entstandenen Sachschaden und spricht Stadionverbote aus. Einzig die PressevertreterInnen sitzen noch auf der Tribüne und versuchen sich einen Reim auf das zurückliegend Geschehene zu machen.....

Wie auch immer das hier ausgeht, im nächsten Spiel müssen die Exzellenten beim „AutorInnenkollektiv Projektseminar“ antreten. Die sind nach einigen Ausfällen nur zu neun, aber Coach Belina und Cotrainer Schipper haben sie taktisch gut eingestellt. Und wie man hört, haben sie nach anstrengendem Berichts-Konditionstraining wieder Spaß am Ballgeschiebe – ob die Exzellenten da heil rauskommen, ist also mehr als fraglich.

Statistik

Mannschaftsaufstellung Kritik 68 Bockenheim

No 1 Ulrich Oevermann

No 2 AStA

No 3 Fachschaften 03 und 04

No 4 Geisteswissenschaften

No 5 Gesellschaftswissenschaften

No 6 Protestplenum

No 7 Brumlik

No 8 Kritische Theorie

No 9 Initiative Kritischer Studierender auf dem IG-Farben Campus

No 11 IVI

No 45 Vereinigung der Opfer des Faschismus

Mannschaftsaufstellung Exzellenz 03 Westend:

No 1 Prof. Trömmel

No 2 OB Petra Roth

No 3 Ferdinand Heide

No 4 Stadtverordnetenversammlung

No 5 Rechts- und Wirtschaftswissenschaften

No 7 Planungsdezernat Frankfurt

No 8 House of Finance

No 9 Karl-Heinz Weimar

No 10 Werner Meißner

No 11 Peter Rost

No 14 Land Hessen

Aus-/ Einwechselungen

No 10 Werner Meißner \leftrightarrow No 23 Rudi Steinberg

No 23 Rudi Steinberg \leftrightarrow No 99 Werner Müller-Esterl

No 00 Namenlos \leftrightarrow No 11 IVI

Tore

(19:96min) 1:0 No 14 Land Hessen

(20:03min) 2:0 No 9 Karl-Heinz Weimar

Endstand

Unbekannt. Spiel zu Redaktionsschluss noch nicht beendet.

Zuschauerzahl

35 744